

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 31

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Diebstahlung bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Breitenstr. 5/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 30. Juli 1922

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Kleinzeile 3 Mark; für Werbemittel 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Veranlassungsanzeigen 1 Mark.
• • Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten • •

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einlieferung der Quartalsabrechnungen. Die mit den Kassengeschäften betrauten Funktionäre machen wir darauf aufmerksam, daß die Abrechnungen für das 2. Quartal unverzüglich fertigzustellen und nach erfolgter Prüfung durch die Revisoren sofort an die Verbandskasse einzusenden sind.

Bei Fertigstellung der Abrechnungen bitten wir dringend, die in unseren Rundschreiben Nr. 311 und 323 gegebenen Anweisungen bezüglich der Berechnung der Extrabeiträge und der den Zahlstellen verbleibenden Beitragsanteile genau zu beachten.

Die im 2. Quartal im Gebrauch gewesenen Beitragsmarken, sowie auch die besonderen Extramarken à 3 und 5 Mk., sind mit der Abrechnung vom 2. Quartal an die Verbandskasse einzusenden, wobei alle am Sollbestand fehlenden Marken als verkauft mit zu verrechnen sind.

Ausgaben für Lohnbewegungen dürfen nur dann in der Abrechnung zur Berechnung kommen, wenn für jedes einzelne Vorgehen der Schlussbericht an den Verbandsvorstand eingesandt ist. Die Verbandskasse ist angewiesen, die eingestellten Lohnbewegungskosten ausnahmslos abzuschreiben, soweit dafür die Schlussberichte nicht vorliegen.

Die örtlichen Bevollmächtigten müssen dafür besorgt sein, daß die Abrechnungen pünktlich und gewissenhaft ausgeführt werden, so wie es die im Handbuch gegebenen Anweisungen befehlen. Die Revisoren sind verpflichtet, die Abrechnungen und die vorgelegten Belege peinlich gewissenhaft zu prüfen und insbesondere sich auch davon zu überzeugen, ob die am Tage der Revision vorhanden sein sollenden Bestände an Geld und Wertzeichen auch tatsächlich vorhanden sind.

Die Gau- und Bezirksleiter ersuchen wir, darüber zu wachen, daß die zu ihrem Bezirk gehörenden Zahlstellen ihren statutarisch auferlegten Verpflichtungen und den von uns gegebenen Anweisungen entsprechen.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Beitragskaffe				
	1	2	3	4	5
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.
Frankfurt a. d. D.	100	100	100	200	200
Beer (Ostfriesland)	100	150	200	200	200
Stettin	100	100	100	100	200

3. Die Adresse des Kollegen Albert Schrotz, geb. 22. Juli 1904 in Weiler bei Geislingen (B.-Nr. 225 324) oder sonstige Nachrichten über seinen derzeitigen Aufenthalt bitten wir baldigst der Ortsverwaltung in Stuttgart mitzuteilen.

4. Berichtstarken zur Arbeitslosenstatistik sind im Laufe der Woche an alle Verwaltungen gefandt. Sichttag für die Arbeitslosenzählung ist der 29. Juli, für die Feststellung der Kurzarbeiter dagegen die Woche vom 23. bis 29. Juli.

Die Berichtstarken sollen, wie auch am Kopf derselben vermerkt ist, spätestens am 3. Tage des Monats abgefandt werden, so daß sie sich spätestens am 5. August in unseren Händen befinden.

Wir bitten recht dringend, diesen Termin einzuhalten, da bei verspäteter Absendung Mahnung bzw. nochmalige Zuforderung einer Berichtstarkte erfolgt, was des hohen Portos wegen vermieden werden muß.

Die Karten sind, wenn sie nicht einem Brief beigelegt werden, mit 1,50 Mk. zu frankieren.

5. Öffentliche Rüge. Der Kollege Rudolf Engel in Stuttgart hat seine Pflicht als Verbandsmitglied dadurch verlegt, daß er den Beschlüssen der Zahlstelle Stuttgart über das Verhalten der Kollegen am 1. Mai nicht entprochen und sich dann auch noch gewiegert hat, zu seiner Rechtfertigung vor der Stuttgarter Ortsverwaltung zu erscheinen. Es wird dem Kollegen Engel deswegen hiermit eine scharfe öffentliche Rüge erteilt.

Der Verbandsvorstand.

Verhandlungen im Buchbindergewerbe und Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums.

Die bereits in voriger Nummer für den 18. Juli angekündigten zentralen Verhandlungen haben in Berlin stattgefunden und sind nach langwierigen zum Teil recht heftigen Kämpfen am 21. Juli mit Neuabschluss des Reichstaris beendet worden. Der besonderen Bedeutung wegen war man bei den Vorbesprechungen in Weimar bereits übereingekommen, neben den Tarifausschüßmitgliedern noch besondere Vertretungen der diesmal am stärksten bei der Arbeitszeitfrage interessierten Städte mit heranzuziehen. Diese gut gemeinte Absicht wurde allerdings von München ganz und gar verkannt, dessen Vertreter dem Vorstand deswegen sogar unnötige Ausgabe von Verbandsgeldern vorwarf.

Die Verhandlungen selbst boten von Anfang an ein wenig zufriedensstellendes Bild und schienen voll auf den Warnern unserer Vorbesprechung recht zu geben, nicht schon jetzt auf die nachgesuchten zentralen Einigungsverhandlungen einzugehen. Die Atmosphäre war fast die ganze Zeit eine so gespannte, daß es wiederholt zu recht unliebsamen Zusammenstößen kam und die Verhandlungen wiederholt auseinanderzufallen drohten. Besonders mußten unsere Vertreter wiederholt sich den Ton verbitten, mit dem man uns entgegen zu kommen liebte. Uns will scheinen, daß die Unternehmer schlecht beraten sind, wenn sie glauben, ihren eigenen oder den gemeinsamen Interessen damit zu dienen, als ihre Vertreter in solch aggressiver Weise sich eines Tones bedienen, den man im allgemeinen von den Unternehmern selbst nicht gewohnt ist. Und wenn man die endlosen Verhandlungen und Reden sich vergegenwärtigt, so kann man getrost sagen, daß das praktische Ergebnis ein recht dürftiges ist und im Gegensatz zu der aufgewandten Mühe und Arbeit steht. So daß beiderseits wenig Befriedigung darüber herrscht. Der Reichstaris ist allerdings wieder in seiner alten Fassung aufgelegt, das ist gewiß ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Aber die zahlreichen Wünsche und Abänderungsanträge, die unsererseits dazu gestellt wurden, mußten insgesamt zurückgezogen werden, um überhaupt nur zu einer Einigung zu kommen. Ebenso wie natürlich auch die Unternehmer ihre Anträge zurückziehen mußten. Nur redaktionelle Änderungen sollen bei den demnächstigen Beratungen vorgenommen werden. Hätte man nicht als letztes Mittel noch das Reichsarbeitsministerium angerufen, so würde es überhaupt zu keiner Verständigung gekommen sein.

Am Dienstag, den 18. Juli, begannen die Verhandlungen, die Herr Asheim als Vorsitzender eröffnete. Er sprach seine Freude darüber aus, daß man endlich zu zentralen Verhandlungen wieder beisammen sei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es auch zur Einigung komme.

Als aber Dr. Feldgen darauf den Wunsch aussprach, zunächst einen sogenannten Vorvertrag zu unterschreiben, in dem u. a. die 48stündige Arbeitszeit anerkannt wird, ehe man zu den Lohnverhandlungen übergeht, erhob sich natürlich unsererseits ein heftiger Widerspruch dagegen, da wir zunächst die Lohnfrage geklärt haben wollten und hiernach unsere weitere Stellungnahme bei den strittigen Fragen des Manteltaris abhängig machten. Wie ein Fischingberg mußte der weitere Antrag an, die Streikzeit durch Ueberstunden, und zwar ohne Prozentzuschlag nachzuholen, um damit den zahlreichen diesbezüglichen Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Die Firmen erklären sich bereit, um der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, den ihr durch den Streit verursachten Schaden wieder auszugleichen, sofern Auftragsbestände es gestatten, die durch den Streit ausgefallene Arbeitszeit durch Nacharbeit einholen zu lassen.“

Wird von den Firmen solche Nacharbeit zur Einholung der verlorenen Arbeitszeit angeordnet, so ist die Arbeiterschaft ihrerseits verpflichtet, sie zu leisten.“

Dies „Entgegenkommen“ wurde unsererseits natürlich rundweg abgelehnt. Aus prinzipiellen Gründen sowohl wie in Rücksicht darauf, daß uns von den angebotenen zahlreichen Wünschen der Streikenden wegen Nachholens der Streikzeit nicht ein derartiger Wunsch zu Ohren gekommen war und wir berechtigten Grund zu der Annahme hatten, daß solche Wünsche wohl lediglich aus dem Unternehmerlager laut geworden sind.

So zog sich denn die Debatte fast ausschließlich um den erwähnten Vorvertrag bis zum nächsten Tag hin, wobei Hauweien u. a. mehrmals betonte, daß in der wichtigsten Frage, betreffend Arbeitszeit, innerhalb des Tarifausschusses noch keine Einigkeit erzielt werden konnte, daher es zweckmäßiger sei, zunächst über die Lohnfrage weiter zu beraten. Nachdem inzwischen nochmals der Verbandsvorstand mit dem Tarifausschuß zu der Frage Stellung genommen hatte, verblieben wir auf dem ablehnenden Standpunkt, den Vorvertrag nicht zu unterschreiben.

Es wurde dann der Vorschlag gemacht, in unverbindlicher Form unsere Lohnforderungen entgegenzunehmen. Der erste diesbezügliche Vorschlag des Tarifausschusses, welcher für Gehälter eine Zulage von 12,50 bis 10 Mk. pro Stunde für die verschobenen Ortsklassen und 7,50 bis 6 Mk. für die Mädchen vorsch, wurde als völlig undistabel kurzer Hand zurückgegeben. Nur unter großem Widerstreben reduzierte man dann im Tarifausschuß diese Forderung auf 10 Mk. für Gehälter und 7 Mk. für Mädchen, während für Spezialarbeiter 10 Proz. Zuschlag gefordert wurden. Man hörte sich dann lediglich unsere Begründung der Forderung an, die Kollege Grünhoff in wirkungsvoller Weise vortrug. Dann baten die Unternehmer, sie wieder allein zu lassen, um eingehend dazu Stellung nehmen zu können. Zu weiteren gemeinsamen Verhandlungen darüber kam es aber nicht mehr. Die Unternehmer ließen uns nur wissen, daß auch dieses Angebot für sie unannehmbar sei. Da für uns das Angebot der Unternehmer ebenso unannehmbar war, so entschloß man sich im Tarifausschuß, die strittige Lohnfrage dem Reichsarbeitsministerium zu unterbreiten. Als die Unternehmer hiervon Kenntnis erblieben, beschloßen sie, ihrerseits die strittige Arbeitszeitfrage dem Reichsarbeitsministerium gleichzeitig zur Entscheidung zu unterbreiten. Mit diesem Entschluß wurden zunächst die Verhandlungen am Donnerstag abgebrochen.

Das Reichsarbeitsministerium erklärte sich sofort bereit, unter Berücksichtigung der dringenden Umstände, schon für den folgenden Tag den Schlichtungs-

ausschuss zusammenzuberufen. Dieser trat dann auch am Freitag vormittag zusammen und fällte nach etwa zweistündiger Debatte, in welcher beide Parteien ihre Anträge eingehend begründeten, folgenden

Schiedspruch.

In dem Lohnstreit im Buchbindergewerbe hat der im Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung vom 21. Juli 1922, an der teilgenommen haben:

- Herr Unterstaatssekretär a. D. Prof. Dr. o. Möllendorff als unparteiischer Vorsitzender, Herr Fabrikdirektor Dr. phil. Jolles, Herr Syndikus Dr. Klauke, Herr Syndikus Dr. Leopold als Beisitzer auf Arbeitgeberseite; Herr Gewerkschaftsangeordneter Brunner, Herr Gewerkschaftsangeordneter Hoffmann, Herr Gewerkschaftsangeordneter Schulze als Beisitzer auf Arbeitnehmerseite; Oberregierungssekretär Böhm als Schriftführer, folgenden Schiedspruch gefällt.

1. Der Schlichtungsausschuss hält nur die Streitfrage über die Arbeitszeit und Lohnfrage für wichtig, wichtig und durchsichtig genug, um heute darüber zu entscheiden.

2. Mit sofortiger Wirkung und als Bestandteil des neu abzuschließenden Manteltarifs wird die regelmäßige Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden allgemein eingeführt. Als Abfindung für diejenigen Arbeitnehmer, welche bisher auf Grund der Ziffer 3 des Manteltarifs das Vorrecht kürzerer Arbeitszeit besaßen, wird die Differenz, sofern sie vom Arbeitgeber in Anspruch genommen wird, bis zum 30. September 1922 gemäß Ziffer 36 des Manteltarifs vergütet.

Für die Zeit vom 21. Juli bis 19. August 1922 werden die Spitzenlöhne (bisher 22,40 M.) um 8,50 M. erhöht. (Dieser Satz ist so errechnet, daß er die Spitzenlohnsteigerung für die Buchdrucker gemäß Abkommen vom 12. Juli 1922 annähernd erreicht.) Den Parteien bleibt es überlassen, die Staffeltung selbst zu vereinbaren. Die Zulage gemäß Ziffer 76 des Manteltarifs wird auf 1 M. bzw. 50 Pf. erhöht.

Den Parteien wird aufgegeben, sich bis zum 22. Juli 1922 über die Annahme bzw. Ablehnung

dieses Schiedspruches dem Reichsarbeitsministerium gegenüber zu erklären.

gez.: Dr. Jolles. Dr. Klauke. Dr. Leopold. gez.: L. Brunner. A. Schulze. G. Hoffmann. gez.: v. Möllendorff.

Beglaubigt: Kubow, Ministerial-Kanzleiobersekretär. Anschließend daran fand am Nachmittag eine eingehende Aussprache über den Schiedspruch im Tarifauschuss und Verbandsvorstand statt, in welcher derselbe trotz erheblicher Bedenken und der Unzulänglichkeit des Schiedspruches — insbesondere in bezug auf die Arbeiterinnenlöhne — mit erheblicher Majorität angenommen wurde.

Da auch die Unternehmer inzwischen uns hatten wissen lassen, daß sie dem Schiedspruch zustimmen, wurden am Sonnabend die gemeinsamen Vönerhandlungen wieder aufgenommen. Aber auch hierbei ergaben sich wiederum große Schwierigkeiten. Während wir unsere spezialisierte Auffassung über die zu gewährenden Lohnzulagen nach dem Prinzip aufgestellt hatten, daß uns durch den Schiedspruch 85 Proz. unserer Spitzenlohnforderung zugesprochen war, hatten die Unternehmer bei ihrer Aufstellung sich davon leiten lassen, daß die Spitzenlohnzulage 38 Proz. des bisherigen Lohnes sei und demzufolge überall auf die bisherigen Lohnsätze dieser Zuschlag nur in Frage käme. Trotz energischen Sträubens und des langen Verhandels war es leider nur möglich, ganz geringe Zulagen zu dem Unternehmervorschlagn zu erreichen, so daß dann spät nachts am Sonnabend das untenstehende Abkommen getroffen wurde. Daneben tagte noch die Ortsklassenkommission, über deren Beschlüsse wir in der nächsten Nummer besonders berichten werden.

Damit hat der Reichstarif für das Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige mit dem 21. Juli wieder seine alte Geltung erlangt.

Bei der Länge der Verhandlungen ist es natürlich unvermeidlich gewesen, daß inzwischen im Reich weitere Komplikationen eintraten. Zu den im Streit befindlichen zirka 9000 Mitarbeitern in Berlin, Leipzig, Erfurt, Halle, Plauen, München, Aachen, Chemnitz, Magdeburg, Regensburg traten noch weitere 2000 in Dresden, Bremen und Stuttgart in den Ausstand, während in Leipzig weitere 2000 ausgesperrt wurden. In Stuttgart war inzwischen mit der Union ein Sonderabkommen getroffen worden, wonach den Arbeitern nach Durchführung der 48-Stunden-Woche als Kompensation die Ferien- und Feiertagsbezahlung nach dem Buchdruckerarif und ebenso die wöchentliche Lohnzulage in gleicher Höhe bewilligt wurde, die auf

die jetzt abgeschlossene reichstarifliche Lohnzulage nicht angerechnet wird.

Ebenso ist in Bremen die Kollegenschaft im Traktathaus nicht in den Zustand getreten, weil den verheirateten Gehilfen 250 M., den ledigen 150 M. pro Woche Zulage gegeben wurden, die ebenfalls auf die jetzigen Reichsteuerzuschläge nicht angerechnet werden. Die Mädchen erhielten unter den gleichen Bedingungen 90 bis 130 M.

In Regensburg ist seit Donnerstag wieder eine Einigung erzielt worden.

In Berlin haben die Streikenden inzwischen zu dem Schiedspruch und neuem Lohnabkommen Stellung genommen und wenn auch mit teilweiser Opposition, dem Abkommen zugestimmt. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde für Dienstag beschlossen.

Man darf also annehmen, daß die Bewegung mit dem Wiederaufleben des Reichstarifs ihren Abschluß gefunden hat, wenn gleich auch ein großer Teil der Kollegenschaft sicherlich mit dem Ausgang wenig zufrieden sein wird. Gewiß sind wöchentliche Zulagen von 453 M. für die 1. und 432 M. für die 2. Orstklasse noch niemals den verheirateten Gehilfen gezahlt worden; ebenso den Arbeiterinnen solche von 257 bzw. 240 M. pro Woche. Aber angesichts der in geradezu erschreckender Weise sich auswirkenden Leuerungsverhältnisse der letzten 2-3 Monate sind auch diese relativ hohen Lohnzulagen bei weitem nicht das, was die Arbeiterschaft zur Befreiung ihres Lebensunterhalts haben mußte. Darüber war sich auch der Tarifausschuss im klaren. Die entscheidende Frage war nur die, ob bei einer Weiterführung des Kampfes um so viel mehr erreicht worden wäre, daß es die Opfer der Arbeiterschaft aufgewogen hätte. Dies mußte nach reiflicher Prüfung aber vom Tarifausschuss in seiner überwiegenden Mehrheit verneint werden.

Wollen wir daher in Zukunft uns noch das erkämpfen, was wir jetzt nicht erreichen konnten, so müssen wir mehr den je gerüstet dastehen. Dessen muß sich jedes Mitglied bewußt sein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir in der Zukunft weit größere Kämpfe werden führen müssen, wenn wir mit der fortschreitenden Geldentwertung die weitere Vertiefung der Massen aufhalten wollen. Es gilt daher aus diesem Kampf die Lehre zu ziehen, in weit größerem Maße wie bisher die Organisation für solche Kämpfe zu stärken, um geschlossen und voll Zuversicht der Zukunft entgegenblicken zu können.

Abkommen

vom 22. Juli 1922, abgeschlossen zwischen den unterzeichneten Verbänden in Sachen Reichstarifvertrag für das Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige.

1. Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 21. Juli d. J. wird angenommen.

2. Die Bestimmungen der Abschnitte A. Hauptvertrag und B. Lohnarif erfahren die aus der Anlage 1 ersichtlichen Abänderungen. Die Orstklasseneinteilung wird geändert nach Anlage 3.

3. Die festgesetzten Löhne (Lohnarif) treten für die am 21. Juli in Arbeit stehenden Berufsangehörigen laut Anlage 2 von diesem Tage an in Kraft. Für die im Streit befindlichen und ausgesperrten Arbeitnehmer gelten die vereinbarten Sätze vom Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit ab.

Die Zulagen können den Aktordarbeitnehmern auch als feste Zulagen gegeben werden.

4. Die Arbeit wird sofort in allen Betrieben wieder aufgenommen. Wiedereinstellungen erfolgen nach Maßgabe der Betriebsbedürfnisse und der technischen Möglichkeiten.

Das Arbeitsverhältnis der Wiedereingestellten gilt durch den Streit oder die Aussperrung als nicht unterbrochen, sofern sie nicht inzwischen anderwärts Arbeit aufgenommen haben.

Zum Lohnarif für Buchbindereien, Geschäftsbücherfabriken und verwandten Betriebe.

Die reichstariflichen Stundenslöhne werden mit dem 21. Juli um die nachstehenden Beträge erhöht:

Table with columns for Orstklasse (I-VI) and rows for Ledige Gehilfen (a-f) and Verheiratete Gehilfen (c-f).

Maßregelungen finden nicht statt.

Berlin, den 22. Juli 1922.

Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen. Fachgruppe „Briefumschlag- und Papierausstattungs-Fabrikation.“

gez. Dr. Feldgen.

Fachgruppe „Geschäftsbücher- usw. -Fabrikation“

gez. Kurt Raß. gez. Dr. Feldgen.

Verband Deutscher Buchbindereibesitzer.

gez. M. Pilz. gez. Dr. Kreuzberger.

Reichsverband der Buchbindereien.

gez. Rahe. gez. Malms.

Deutscher Buchdrucker-Verein.

gez. Dr. Woelfl. gez. Berthold Sturm.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

gez. Hauelsen.

Graphischer Zentralverband.

gez. Hornbach.

Table with columns for Orstklasse (I-VI) and rows for Arbeiterinnen (1-3) and Zuschlag für Spezialarbeiter.

Zuschlag auf den Reichs-Aktordlohnarif = 660 Proz.

Der Gewerkschaftskongress.

III.

Ueber „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte“ referierte Wissell. Er betonte dabei einleitend, daß wir uns zuerst erst noch am Anfang einer wirtschaftlichen Neuordnung befinden, daß wir jetzt erst die einleitende Etappe schaffen auf einem Wege, von dem noch niemand weiß, ob er im Sozialismus münden wird. Unser Ziel ist, einen Wirtschaftszustand zu schaffen, in dem keine Arbeitskraft gekauft, kein Lohn gezahlt und kein Profit gemacht wird. Der Arbeiter muß Herr seiner Arbeitskraft, Herr des Arbeitsprozesses und Herr des Arbeitsergebnisses sein. Neben den alten Aufgaben der Gewerkschaften sind neue entstanden, die von uns Erfordernisse erfordern, die wir nicht besitzen, weil wir vor dem Kriege nicht über sozialpolitische Aufgaben hinausgegangen sind. Die Not der Zeit hat die Erkenntnis gebracht, daß der Wiederaufbau die Kräfte der Arbeiterschaft nicht entbehren kann. Das hat den Arbeiter zum gleichberechtigten Subjekt der Wirtschaft hinaufgehoben. Gegen die Arbeitsgemeinschaften werden heute dieselben Argumente geltend gemacht, die man vor zwanzig Jahren gegen die Tarifverträge ins Feld führte. Der tiefere Sinn der Wirtschaftsgemeinschaft ist, die Arbeiter als Gleichberechtigte an der Wirtschaftsgestaltung zu beteiligen. Aber es genügt nicht, Rechte zu fordern, wir müssen auch diese Rechte erfüllen können und den Mut und die Energie haben, an der Entwicklung mitzuarbeiten. Der lange und zähe Wirtschaftskampf wird nur dann von Erfolg sein, wenn wir Wirtschaftsführer gewinnen und heranbilden. Wenn die Träger des Klassenkampfgedankens sich hermetisch abschließen und sich weigern, mit den Unternehmern an einem Tisch zu sitzen, dann bereiten sie diesen nur eine Freude. Sehr oft ist diese Weigerung auch der Ausdruck eines Mangels an Vertrauen, den Unternehmern geistig gewachsen zu sein. Gerade diejenigen, die kein Vertrauen in ihre eigene Kraft haben, haben alle Veranlassung, Leute heranzubilden, die sich von den Unternehmern nicht an der Nase herumführen lassen. Nicht eingelen, sondern die ganze Arbeiterklasse muß befähigt werden, den Klassenkampf zu führen. Die großen Probleme unseres Wirtschaftslebens können nicht auf dem Wege der Gesetzgebung allein erledigt werden. Notwendig ist dazu die Mitarbeit aller, die im Wirtschaftsleben stehen. Weil der Krieg die Möglichkeiten zur Verwirklichung unserer Ziele zum großen Teil vernichtet hat, haben wir ganz besonders die Pflicht, am Wiederaufbau mitzuarbeiten.

In bezug auf die Wirtschaftsräte fordert Wissell die Erfüllung der Verfassungsbestimmungen. In den verschiedensten Beratungskörperschaften sind die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter nicht gewährt worden. Die Gewerkschaften dürfen keine Körperschaft anerkennen, in der nicht der Grundsatz der Gleichberechtigung verwirklicht werde. Die Arbeiter haben in dieser Beziehung schon allzuviel Gebühde gelebt. Die Forderung an der gleichberechtigten Mitwirkung in den Kammern ist nur zu berechtigt. Die Unternehmer treten jetzt für Arbeiterkammern ein, weil sie dann in ihren Kammern ungehört arbeiten können. Heute geht der Kampf um die Teilnahme der Arbeiter an der Wirtschaftspolitik. Der Artikel 165 der Reichsverfassung bedeutet eine eroberte Stellung, die ausgebaut werden muß. Die Wirtschaft ist nicht mehr die Sache eines einzelnen, sondern Sache der Allgemeinheit. Grundsatz soll sein, daß alle Wirtschaftsfragen einer Industriezweiggruppe in gemeinsamen Beratungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeberern geregelt werden. Nur über die paritätischen Kammern, aus denen auch die paritätischen Wirtschaftsräte hervorgehen müssen, führe der Weg zum Reichswirtschaftsrat. Wir müssen eindringen in alle Machtpositionen des Unternehmertums und darum die Forderung nach voller Gleichberechtigung. Das ist eine notwendige Zwischenstufe, die nicht übergangen werden kann.

Der Korreferent Simon stellte demgegenüber fest, daß der Wortlaut der Reichsverfassung nicht ausschlaggebend sei für die Rechte der Arbeiterschaft, sondern die wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Je mehr wir uns vom November 1918 entfernen, desto mehr werden die Errungenschaften der Revolution abgebaut, desto mehr gewinnt der Kapitalismus an

Einfluß. Die Gleichberechtigung, die den Arbeitern gegeben wurde, ist nur formal. Ein Beispiel dafür ist die Vorlage der neuen Schlichtungsordnung. Die Arbeitsgemeinschaften stehen auf dem Boden des Ausgleichs der Interessengegenstände. Sobald es gilt, je etwas im Interesse der Arbeiter zu tun, verlangen sie. Die Gleichberechtigung in den Wirtschaftsräten, die in der paritätischen Zusammensetzung und darin zum Ausdruck kommen, daß die Räte Gutachten abgeben können, ist tatsächlich nicht da. Die Unternehmer haben nicht die gleiche Zahl unserer Vertreter gegenüber, sondern Hirsch-Dunker'sche, Neutrale und Verbraucher schlagen sich vielfach auf ihre Seite. In reinen Arbeiter- und Unternehmerkammern können wir unsere Gutachten so abgeben, wie wir es wollen. Denn haben unsere Vertreter im Reichstag einen günstigeren Stand. Schon Hue hat in Köln reine Arbeiterkammern verlangt. Die Gründe, die er damals dafür ins Feld führte, sind auch heute noch ausschlaggebend. Bei Verhandlungen mit den Unternehmern hat der Arbeitervertreter die Macht hinter sich, die ihm seine Organisation verleiht. In der Arbeitsgemeinschaft kommt aber nicht diese Macht, sondern die Überlegenheit des Kapitals zum Ausdruck. Wir finden nicht nur eine starke Vermehrung, sondern auch eine unerhörte Festigung des Kapitals. Wie glaubt man in der Arbeitsgemeinschaft die Sozialisierung herbeizuführen? Die Arbeitsgemeinschaft als eine Vorstufe des Sozialismus zu bezeichnen, ist absurd. Eine ganze Reihe von Organisationen sind nicht in der Arbeitsgemeinschaft vertreten. Diese sind daher nur ein Torso. Unsere Gewerkschaftsmitglieder sind noch nicht alle Sozialisten. Sie können bei der Politik der Arbeitsgemeinschaften zu dem Glauben kommen, die Harmonie nach Hirsch-Dunker sei das Mittel, ihre wirtschaftliche Befreiung zu erlangen.

Der Zeitbedrängnis halber, in der sich der Kongress befand, kamen nur wenige Diskussionsredner zum Wort. Unter diesen verfiel sich Dismann zu der auch von seinen Parteifreunden fleißlich aufgenommenen Behauptung, daß der Eisenwerkzeugenbund und die Außenhandelsstellen nichts mit Arbeitsgemeinschaft zu tun hätten, eine Anschauung, gegen die von der Kongressmehrheit lebhaft protestiert wurde.

In den Schlussworten betonte Simon, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft bekämpft werden müsse, weil sie der Arbeiterschaft keine Vorteile brächte. Der Streit um die Arbeitsgemeinschaft läßt nur die Aktionskraft der Gewerkschaften. — Wissell stellte fest, daß auch Simon keine neuen Wege gezeigt habe. Es sei niemand eingefallen, zu sagen, die Arbeitsgemeinschaften würden die wirtschaftlichen Gegensätze überbrücken. Wir wollen auch nicht den Klassenkampf abschwächen. Die Organisationen wollen nicht aus dem Kampfe eine Besserung der Arbeitsbedingungen ausschalten. Jeder weiß, wie schwer es ist, unter den bestehenden Verhältnissen die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Macht der Gewerkschaften zu verbessern. Was sollen wir dann von den Arbeitsgemeinschaften erwarten? Wir haben auf vielen Gebieten manches erreicht, was der Arbeiterschaft von Nutzen ist. Man muß auch den Unternehmern und nicht nur uns das Mitbestimmungsrecht gestehen. Nicht durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik, sondern infolge der Uneinigkeit der Arbeiter werden die Positionen des Kapitals gestärkt. Die Not der Zeit zwingt uns, den Versuch zu machen, die wichtigsten Wirtschaftsfragen zu lösen. Wenn wir damit solange warten wollen, bis der Kampf zwischen Arbeit und Kapital beendet ist, dann verhungert und verkommt unser Volk geistig und moralisch.

Ueber den Antrag, „Der Kongress wolle beschließen, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten“, wurde namentlich die 345 Delegierte. Für diesen Antrag erklärten sich 345 Delegierte, die 3582 429 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, gegen den Antrag 327 Delegierte, die 3803 238 Gewerkschaftsmitglieder vertreten. Da bei namentlichen Abstimmungen die Zahl der vertretenen Gewerkschaftsmitglieder maßgebend ist, gilt der Antrag als abgelehnt. Der Kongress nahm sodann mit Mehrheit folgende Resolution an:

Der Gewerkschaftskongress fordert unter Aufrechterhaltung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Nürnberg die paritätische Teilnahme

der Arbeiterschaft in allen Organen der Wirtschaft, auch jener, die heute noch der Unternehmerschaft allein vorbehalten sind.

Im Klassenkampf erringene Positionen freiwillig preiszugeben, wäre vom Standpunkte des Proletariats aus um so weniger zu verurteilen, als sich von innen heraus die Umbildung der Wirtschaft vollzieht. Wo sich eine Möglichkeit der Interessenvermittlung der Arbeiterschaft bietet, muß sie ausgenutzt werden. Nur unter Anerkennung des Bestehens des proletarischen Klassenkampfes kann man sich darauf beschränken, die Umgestaltung der Wirtschaft lediglich durch Angriffe von außen zu erreichen.

Das Ziel des Klassenkampfes ist die Befreiung des Proletariats vom Druck des Kapitalismus und die Überwindung der Macht des Privatkapitals zum Zweck einer Gestaltung der Wirtschaft, in der die allgemeinen Interessen ausschlaggebend sind. Jede Stärkung der Macht des Proletariats führt diesem Ziele näher. Die größte Stärkung der proletarischen Macht liegt in dem geistigen Sineinwachsen der Arbeiterschaft in das Gebiete der Wirtschaft. Jede Stärkung der Arbeiter in allen Fragen der Wirtschaft mit voller Sachkenntnis sich mit den Unternehmern auseinanderzusetzen und auch auf diese Art den Klassenkampf erfolgreich zu führen vermögen, werden sie befähigt sein, die als Ziel erstrebte Wirtschaftsordnung anzubahnen und die Wirtschaft zu teilen. Alle Möglichkeiten des Sineinwachsens in die Wirtschaftsführung hat die Arbeiterschaft auszunutzen.

Die Mitarbeit in den Organen der Wirtschaft wird das Proletariat unter Ausnutzung seines durch die politische Umwälzung vermehrten Einflusses im Staate für seine dauernden Aufgaben zu verwerten haben. Auf dem Boden der noch bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird das Proletariat zunächst noch zusammen mit dem Unternehmertum und mit Verwertung der ökonomischen Sachkunde desselben diejenigen Formen der Gütererzeugung und Güterverteilung zu erziehen versuchen müssen, die es im Grade des Wachstums seiner politischen Macht und seiner in praktischer Mitarbeit erworbenen wirtschaftlichen und technischen Schulung Stück für Stück aus der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführen wird.

Ueber „Organisationsformen und -methoden“ referierte Tarnow. Aus seinen Ausführungen heben wir hervor: Durch alle Neben zog sich wie ein roter Faden das Bestreben zum Sozialismus und Klassenkampf. In unseren Grundzügen, nach denen wir diesen Kampf führen, hat sich im Laufe der Jahre nichts geändert, wohl aber sind die Methoden anders geworden. Das wurde schon allein bedingt durch das Anwachsen unserer Mitgliederzahlen und unserer ökonomischen Macht. Aber auch die grundsätzliche Umstellung der Staatspolitik nötigte zur Veränderung der Methoden. Heute ist die Wirtschaft nicht mehr die Angelegenheit einzelner Staatsbürger, sondern eine Angelegenheit der Allgemeinheit. Die Unternehmer möchten diese Entwicklung gern wieder rückgängig machen, aber wir stehen bereit zur Verteilung des Grundbesitzes: Die Wirtschaft ist eine öffentliche Angelegenheit! Der heutige Staat kann seine Wirtschaft nicht mehr betreiben ohne die Mitwirkung unserer Organisation. Diese Verbindung mit Staat und Regierung hat zu der Auffassung geführt, die Gewerkschaften seien die Endinstanz, alle politischen Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Es gäbe Leute, die eine Freude daran haben, den Gewerkschaften Aufgaben zuzuweisen, die sie nicht erfüllen können. Bisher erfolgte die Organisationsabgrenzung nach der Berufsorganisation. Jetzt soll die Zugehörigkeit zu einer Industriezweiggruppe dafür entscheidend sein. Für die Notwendigkeit der neuen Organisationsform werden insbesondere die Grenzstreitigkeiten unter den Berufsorganisationen angeführt. Würden diese aber bei den Industrieorganisationen geringer sein? Für die Gründung einer Industrieorganisation kann man den gemeinsamen Produktionsprozeß oder die gemeinsame Betriebsverwaltung ausschlaggebend sein lassen. Im ersten Falle müßten z. B. alle an der Herstellung einer Zeitung beschäftigten Personen, vom Holzschläger bis zum Zeitungsvorkäufer, einer Organisation angehören. Welche Schwierigkeiten sich da ergeben, zeigt z. B. folgendes: Die Bauarbeiter, Anhänger der Gliederung nach dem gemeinsamen Produktionsprozeß, nehmen für sich auch die Ziegelarbeiter in Anspruch, die jetzt dem Fabrikarbeiterverband angehören. Der Fabrikarbeiterverband, auch ein Anhänger der vertikalen Gliederung, will die Ziegel-

arbeiter nicht hergeben oder sie nur gegen die Bergarbeiter hergeben, da die Kohle für große Teile der Fabrikarbeiter ebenso Rohstoff ist, wie für die Bauarbeiter der Ziegel. Die Bergarbeiter, die ebenso wie die beiden anderen Organisationen für die vertikale Gliederung sind, werden aber kaum die Absichten der Fabrikarbeiter billigen. So würden sich tausend Schwierigkeiten ergeben, denen gegenüber die Organisationsabgrenzung nach dem Beruf geradezu ein Muster an Klarheit ist. Die Grenzstreitigkeiten entstehen jetzt zumeist dadurch, daß die Grenzen nicht respektiert werden. Formale Schwierigkeiten können aber trotz alledem nicht entscheidend sein in der Frage: Berufsorganisation oder Industrieorganisation. Wenn sich eine neue Organisationsform notwendig macht, dann müssen wir über diese Schwierigkeiten hinwegkommen. Auch die Argumente von der Konzentration der Macht und der Schwierigkeiten der Lohnverhandlungen im Betriebe der verschiedenen Organisationen sind für die Industrieorganisation nicht ausschlaggebend. Die Schlagfertigkeit einer Organisation ist nicht abhängig von ihrer Mitgliederzahl. Sie hängt ab von der Disziplin und der Opferfreudigkeit ihrer Mitglieder und ihrer Beweglichkeit. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so kann auch die stärkste Organisation in bezug auf die Lohnverhandlungen nichts mehr ausrichten und wird sich bei einer Einheitsorganisation in den Betrieben nichts bessern. Die Befürworter der Industrieorganisation dürfen nicht die wichtigen Gründe für die Berufsorganisation übersehen. Es gibt eine Berufssolidarität, die uns immer nützlich war. Es gibt ferner besondere Berufsfragen und soziale Berufsangelegenheiten, die nur in der Berufsorganisation geregelt werden können. Auch die besonderen Berufsinteressen materieller Art können wir nicht leichten Herzens außer Acht lassen. Man fordert für alle Arbeiter gleiche Löhne, weil sie die gleichen Mägen haben. Solange wir aber eine kapitalistische Wirtschaft haben, so lange wird nach der Leistungsfähigkeit bezahlt werden. Wir müssen daher Qualitätsarbeit leisten und den Qualitätsarbeitern eine gute Bezahlung sichern, an denen die anderen emporstücken können. Tun wir das nicht, dann werden wir nur den Profit des Unternehmers steigern. Die Methoden der Gewerkschaftsbewegung dürfen nicht auf der Theorie aufgebaut werden, sondern müssen aus dem praktischen Bedürfnis herauswachsen. Die Bildung neuer Organisationsformen kann man nicht durch Beschlüsse anordnen. Es gibt nur eine Möglichkeit, das Ziel der Industrieverbände zu sichern, das ist die organische Entwicklung. Wenn die Verteidiger der neuen Organisationsform sie nicht mit dem Gewicht ihrer Gründe, sondern mit ihren Stimmen schaffen, dann werden sie der Gewerkschaftsbewegung keine Vorteile schaffen.

Als Korreferent schilderte Dißmann die Entwicklung von kleinen Betrieben zur Großindustrie.

Sein Eiland.

Erzählung von A. Ger. (Fortsetzung.)

Damit bekam die Sache, wie Lindner zugestand, allerdings ein ganz anderes Gesicht, und er versprach Frau Reinhard, daß er sich alles, wie es bei einer so wichtigen Angelegenheit notwendig war, reiflich überlegen und auch mit seiner Tochter Rücksprache nehmen wolle.

Bis zum Wochenende trug sich Lindner mit seinen Gedanken herum. Aber so oft er auch alles erwog und überdachte, er kam immer wieder zu dem Ergebnis, daß es für seine Charlotte das Beste wäre, wenn sie den jungen Reinhard heiratete. Er selbst würde dabei auch gut fahren. Am Sonnabendabend, als Charlotte sich noch wie gewöhnlich in der Veranda aufhielt, setzte er sich zu ihr und erzählte ihr alles, was ihm Frau Reinhard gesagt hatte und was er selbst über die Sache dachte. „Du brauchst Dich nicht sofort zu entscheiden“, sagte er noch hinzu, „ich selbst habe schon seit Dienstag darüber gegrübelt, da kannst Du Dir auch noch acht Tage alles durch den Kopf gehen lassen.“

„Mein Vater!“ sagte Charlotte schnell, „ich kann Dir sofort meine Meinung sagen. Ich habe Ludwig Reinhard voriges Jahr gern gehabt, weil er sich immer so netter Mensch gezeigt hat. Ob ich ihn noch so lieb gewonnen hätte, um seine Frau zu werden, das weiß ich nicht. Sicher weiß ich aber, daß ich einen anderen jungen Mann von ganzem Herzen liebe und von ihm auch wiedergeliebt werde.“

Er stellt fest, daß in den Großbetrieben das Gros der Arbeiter beschäftigt ist und geht dann auf die Konzernbildung ein. Das Kapital hat alles getan, um seine Kräfte zu sammeln und seine Position auszubauen. Die Gewerkschaften haben aber leider nichts getan, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Anschließend daran begründete er eine Entschließung der Metallarbeiter, die vom ADGB fordert, alsbald eine Vorlage über die Abgrenzung der Zuständigkeit der Industrieverbände und die Zuteilung der einzelnen Gewerbezweige auszuarbeiten und diese den Industrieverbänden zur weiteren Beratung zu unterbreiten.“

Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

II.

Der Graphische Industrieverband stand auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes, wie schon in unserem Bericht in der vorigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ gesagt wurde, zusammen mit allen anderen Anträgen zum Statut und zum Entwurf des Einheitsstatuts für die graphischen Verbände zur Beratung, nahm aber ersichtlich in der Aussprache das größte Interesse für sich in Anspruch.

Der Referent Krauß-Berlin hob in seinen Darlegungen die Schwierigkeiten, die dem Zustandekommen des Graphischen Industrieverbandes entgegenstehen, mehr in den Vordergrund, wie es seiner schließlichen Empfehlung desselben dienlich sein konnte. Er griff zurück auf die Anfangszeit der Gewerkschaftsbewegung in ihrer heutigen Form und verwies darauf, daß schon der Allgemeine Arbeiterkongress im Jahre 1868 und auch der Halberstädter Gewerkschaftskongress im Jahre 1892 die Bildung von Industrieverbänden empfohlen haben, daß aber trotzdem die Entwicklung zu Berufsverbänden geführt hat, die auch großes für die Arbeiterschaft geleistet haben. Er verwies weiter darauf, daß im Jahre 1919, wie der Ruf: „Alle Macht den Arbeiterräten“ durch die Lande ging, wohl viele die alten Gewerkschaften für tot hielten und die Erhebung von wenigen großen Industrieverbänden erwarteten, die alle Kopf- und Handarbeiter in sich vereinen würden. Der Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, waren aber doch so viele, daß die alten Berufsorganisationen dennoch das Feld behaupteten.

Der Leipziger Gewerkschaftskongress hat nun allerdings wieder eine Resolution zugunsten der Industrieverbände angenommen, die aber als eine zwanagsläufige nicht angesehen werden dürfe. Jedenfalls darf Experimentierpolitik mit den Gewerkschaften nicht getrieben werden.

In der Kommission, die vom ADGB zur Prüfung der Frage der Industrieverbände eingesetzt war, haben sich erhebliche Widerstände, nicht nur bei den Vorständen, sondern mehr noch in weiten Kreisen der Mitglieder gezeigt, die sogar zu der Erklärung seitens einzelner Verbände führten, daß sie eher aus dem ADGB ausscheiden und sich selbst durchsetzen würden, als daß sie sich ihren Organisationen durch

einen Zwang zur Umformung würden zerschlagen lassen.

Es sei auch nicht richtig, daß die Unternehmer einheitlicher organisiert sind, wie die Arbeiter in ihren Berufsverbänden. Besonders träfe das nicht zu im graphischen Gewerbe und hier wieder ganz besonders nicht in den Papier verarbeitenden Industrien. Es seien deshalb durch einen Graphischen Industrieverband größere Erfolge bei den Lohnbewegungen nicht zu erwarten und ebensamartig werde in der Verwaltungsarbeit eine Kräfteverparnis durch den Industrieverband in der Praxis zu erwarten sein.

Trotzdem erkennt der Redner an, daß der Gang der Entwicklung zum Industrieverband oder vielmehr bei uns zunächst einmal zu einem Einheitsverband der derzeitigen Organisationen im graphischen Gewerbe und der Papier verarbeitenden Industrie führen werde, es bedürfe vorher aber noch der Angleichung der statutarischen Bestimmungen der einzelnen Verbände bezüglich der organisatorischen Verfassung sowohl wie auch bezüglich des Beitrags- und Unterhaltungswezens.

Die Buchdrucker sind für den Graphischen Industrieverband, es muß aber zunächst einmal die Gemeinschaftsarbeit im Graphischen Bund fortgesetzt und der Entwicklung freier Lauf gelassen werden. Zwangsweise Zusammenführung, bevor die Verhältnisse dazu wirklich reif sind, würden nur Schaden bringen.

In der Aussprache wurde die Schaffung eines Einheitsverbandes für das graphische Gewerbe von allen Rednern befürwortet, im übrigen wichen die Meinungen über die von diesem Einheitsverband zu erwartenden Erfolge und über den zweckmäßigsten Gang der Dinge aber erheblich voneinander ab. Während verschiedene Redner mit Wärme für die baldige Schaffung des Industrieverbandes eintraten, von dem sie die Förderung der Lohnbewegungen sowohl wie eine Stärkung des Einflusses auf sozialpolitischem Gebiete erwarteten, glaubten andere Redner wieder befürchten zu müssen, daß die große agitatorische Kraft des Gefühls der beruflichen Zusammengehörigkeit, das im Buchdruckgewerbe vorhanden sei, im Industrieverband Schaden erleiden könnte, weshalb nicht übereilt, sondern nur mit Ruhe und Vorsicht dem Gange der Entwicklung gefolgt werden dürfe.

Harder, der Vertreter unseres Verbandes, leitete seine Darlegungen ein mit der Erklärung, daß ihm das einleitende Referat wie ein Totenglocklein für den Graphischen Industrieverband geklungen habe. Trotzdem hoffe er aber, daß die Generalversammlung in ihrer Mehrheit der im Verband der Buchbinder allgemein vorhandenen und auch von ihm vertretenen Meinung beitrete, daß die baldige Schaffung des Industrieverbandes im allgemeinen Interesse gelegen sei und deshalb nicht dilatorisch behandelt, sondern nach Kräften gefördert werden müsse. Wenn auch vom Graphischen Industrieverband nicht ohne weiteres einheitliche Löhne für alle seine Glieder erwartet werden könnten, werde mit der Größe der Organisation doch auch ihre Kraft wachsen und bei Lohnbewegungen mit größerem Nachdruck ins Feld geführt werden können. Die Aufgaben der Gewerkschaften erschöpfen sich aber heute auch nicht mit der Regelung der Lohnfragen, sondern greifen weit darüber hinaus, in soziale und volkswirtschaftliche Ge-

„Was!“ fiel ihr Vater Lindner ins Wort, „Du hast ein Verhältnis mit einem anderen jungen Mann! Seit wann denn?“

„Seit wie wieder auf der Insel sind, Vater.“

„Wie heißt der Mensch? Was ist er?“

„Sein Name ist Wilhelm Jache. Beschäftigt ist er

brüben im Elektrizitätswerk.“

„Bei dem rasenden Maschinenzeug! Ich habe nur einmal im Vorübergehen, als ein Fenster auffand, hineingesehen. Dabei ist mir schon schwindlig geworden über die wirbelnden Maschinenungeheuer. Du bist nicht geschickt! Was willst Du denn mit einem solchen Menschen? Denke doch an das Schicksal Deines Bruders! Jede Stunde mühtest Du doch befürchten, daß er Dir als ein verflämelter Krüppel oder als gerackte Leiche ins Haus gebracht würde.“

„Ich möchte Dich bitten, lieber Vater, mit Deinem Urteil noch zu warten, bis Du Jache selbst kennengelernt hast. Morgen wird er uns besuchen. Er ist ein sehr kluger Mensch, und er wird uns gewiß auch aus der schmerzlichen Verlegenheit herausheffen, in die wir mit unserem Eiland geraten sind. Sei, bitte, freundlich zu ihm.“

„Das ist selbstverständlich! Niemand soll sagen, daß er hier auf unserem Eiland, das wir nun am längsten besetzen haben, ungenügend aufgenommen wurde.“

Mit klopfendem Herzen spähte Charlotte am Sonntag vormittag über das Wasser, und als sie Jache gegen zehn Uhr mit dem Boot ankommen sah, tief sie

schnell an den Strand und kradete ihm beide Hände zum Willkommen entgegen. Vater Lindner sah mit bestürmtem Gesicht in der Veranda. Nach einem glücklich erlebten Sommer ging ihm in diesem Jahre aber auch alles gegen den Strich. „Ich bin nur neugierig, was es für ein Mensch sein wird“, dachte er. In der gleichen Minute kam seine Tochter auch schon mit ihm an. „Hier bringe ich Dir Herrn Jache, lieber Vater; er freut sich sehr, Dich kennenzulernen“, sagte Charlotte fröhlich.

Vater Lindner erhob sich und tauschte mit Jache höflichen Gruß aus. Der erste Eindruck, den der junge Mann auf ihn machte, war ein recht guter, das gestand sich Lindner ein. Nachdem Jache Platz genommen hatte, begann Vater Lindner ohne Umschweife: „Meine Tochter hat mir schon gesagt, daß sie mit Ihnen, Herr Jache, so eine Art Verhältnis angeknüpft hat. Meinen Beifall hat es nicht, das habe ich meiner Tochter gleich rund heraus erklärt, und ihr vorgeschlagen, daß es eine Angliche würde, wenn sie sich einen Mann nähme, der mit dem verflämten Maschinenzeug zu tun hat, und jeden Tag der Gefahr ausgesetzt ist, zerrissen und zerlegt zu werden.“

Bei der weiten Verbreitung, die das Maschinenwesen in unserer Zeit erfahren hat, und die sich bis auf das kleinste Dorf hinaus erstreckt, gibt es heute nur noch sehr wenige Menschen, die solchen Gefahren nicht ausgesetzt sind, Herr Lindner“, antwortete Jache lächelnd. „Und auch in den Betrieben, in denen man sich noch mit einfachen Borrichtungen behilft, können bei zufälligem Zusammentreffen unglücklicher Um-

hete hinein. Ganz besonders würde da der Einfluß einer einheitlichen Organisation im graphischen Gewerbe und der Papier verarbeitenden Industrie größeren Einfluß auszuüben vermögen, wie die in Betracht kommenden vier Verbände in ihrer jetzigen Gestalt.

Die statutarischen Bestimmungen weichen nach der neuen Regelung auf dem Verbandstag der Buchbinder gar nicht mehr so sehr voneinander ab, daß noch ein erhebliches Hindernis darin läge. Es müsse nur die allgemeine Solidarität unter der Arbeiterschaft mehr in den Vordergrund gehoben werden. Die organisatorischen und finanziellen Verhältnisse liegen jetzt in allen in Frage kommenden Verbänden so, daß keiner auf die Hilfe des anderen angewiesen sei. Deshalb ist jetzt der beste Zeitpunkt für baldigen Zusammenschluß.

H aß, der Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindruckers, empfiehlt, nicht allzu sehr die dem Zusammenschluß noch entgegenstehenden Schwierigkeiten zu betonen, sondern mehr die Lichtseiten der Vereinigung herauszuführen. Im Graphischen Industrieverband werden voraussichtlich die jetzigen vier Verbände noch weiter als Berufsgruppen nebeneinander und doch zusammenzuarbeiten haben. Der große Gedanke des Industrieverbandes ist im Verband der Lithographen und Steindruckers so lebendig, daß er warm für die baldige Schaffung desselben eintritt.

B u c h e r, vom Verband der Graphischen Hilfsarbeiter, erkennt die Schwierigkeiten an, die der schnelleren Schaffung des Industrieverbandes entgegenstehen, meint aber, daß ein gut Teil derselben in den letzten Jahren aus dem Wege geräumt seien. Trotzdem empfiehlt er einseitigen weitere Zusammenarbeit im Graphischen Bund und Durchführung des Zusammenschlusses erst dann, wenn die Verhältnisse dazu wirklich reif sind. Ein Hindernis für den Zusammenschluß werden die Hilfsarbeiter nicht bilden, aber es werde auch eine Urabstimmung über den Graphischen Industrieverband im Hilfsarbeiterverband vor dem nächsten Verbandstag kaum möglich zu machen sein.

B r i t s c h o w, der Sekretär des Graphischen Bundes, erklärte, daß er sich bemühen werde, die dem Zusammenschluß noch entgegenstehenden Schwierigkeiten nach Möglichkeit baldigst zu beseitigen. Das entspräche nicht nur seiner Pflicht, sondern auch seinem persönlichen Empfinden. Er beklagt ungenügende Tätigkeit in den örtlichen graphischen Kartellen.

Sämtliche Anträge zum Statut und zum Graphischen Industrieverband wurden dann einer Kommission überwiesen.

Auf Antrag dieser Kommission wurde beschlossen, den § 2 im Entwurf eines Einheitsstatuts „Zweck des Verbandes“ betreffend, in das Statut des Buchdruckerverbandes zu übernehmen.

Darüber hinaus wurde aber auch noch der Antrag des Bezirks Frankfurt a. M., zum Graphischen Industrieverband, der sich inhaltlich mit dem auf unserem Verbandstag angenommenen Antrag Frankfurt a. M. Offenbach deckt, in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 62 Stimmen angenommen.

Der zum Beschluß erhobene Antrag verlangt Urabstimmung über die prinzipielle Zustimmung zum Zusammenschluß der graphischen Verbände und Einsetzung einer gemischten Kommission zur Aus-

arbeitung eines Statutenentwurfs für den Industrieverband. Der Antrag Frankfurt a. M. ist abgedruckt im Bericht über unseren Verbandstag in Nr. 23 der „Buchbinder-Zeitung“.

Es liegen also übereinstimmende Beschlüsse zur Frage des Graphischen Industrieverbandes vor seitens unseres Verbandstages und der Generalversammlung der Buchdrucker. Damit steigt die Aussicht auf Beschlußfassung gleicher Art aus den Verbandstagen der Lithographen und Steindruckers und im Verband der Graphischen Hilfsarbeiter, so daß man wohl mit Recht sagen kann: „Der Graphische Industrieverband ist auf dem Marsche“.

Zur Neuregelung der Beiträge und des Unterstützungswesens wurde beschlossen, daß die Verbandsbeiträge vierteljährlich vom Verbandsvorstand festzusetzen sind und mindestens einen durchschnittlichen Stundenlohn betragen sollen. Bei außergewöhnlich großer Inanspruchnahme der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung und bei umfangreichen Lohnkämpfen können Ertragsbeiträge erhoben werden, die alle Mitglieder zu zahlen verpflichtet sind.

Die Arbeitslosen-, Kranken- und anderen Unterstützungen werden ebenso wie die Beiträge vom Verbandsvorstand festgesetzt, nach Richtlinien, die die Unterstützungsätze und die Unterstützungsdauer in ein gewisses Verhältnis zur jeweiligen Höhe des Verbandsbeitrages bringen.

Mindestens 25 Proz. der Beitragseinnahmen sind zur Stärkung der Verbandskasse und höchstens 45 Proz. für Unterstützungs Zwecke zu verwenden.

Aus den allgem. in den Beschlüssen haben wir hervor, daß ein Antrag angenommen wurde, der sich dagegen wendet, daß Korrektoren in den Werkmeisterverband aufgenommen werden. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß Korrektoren Buchdruckergehilfen sind und in den Buchdruckerverband gehören. Ein Antrag, der verlangt, daß alle Mitglieder, die selbständig werden, aus dem Verband ausgeschlossen werden, wird abgelehnt. Die Wahlen zu den Gewerkschaftskongressen werden so geregelt, daß ein Mandat dem Verbandsvorstand vorbehalten bleibt. Die übrigen Delegierten werden durch Urabstimmung gewählt. Ein Antrag, bei Streiks im Buchdruckerwerke das Erscheinen der sozialistischen Arbeiterpresse sicher zu stellen, wird abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird ein Antrag, der das Erscheinen der Organe der Opposition im Verband, des „Graphischen Biot“ und der „Opposition“ unterbinden will. Angenommen wird aber ein Antrag zur Frage der Pressefreiheit, der besagt, daß jeder Meinungsäußerung und jeder politischen Richtung uneingeschränkte Auswirkungsmöglichkeit zugesichert wird. Es wird aber an die Presse die dringliche Mahnung gerichtet, einen Mißbrauch der Presse zu vermeiden, der sich vielfach in maßloser Beschimpfung der Arbeiterschaft sowie in Aufforderung zum Mord und Gewalttaten gegen Andersdenkende auswirkt. Unterbleibt dieser Mißbrauch nicht, fällt die Verantwortung für alle Folgen, die dann durch die aufretende Selbstabwehr eintreten werden, auf die Urheber solcher Preßerzeugnisse zurück.

Die Stellungnahme zum „Korrespondent“ ruft eine längere Debatte hervor. Von den Rednern der Opposition wird bemängelt, daß im „Korrespondent“ nicht alle Meinungen frei zur Aus-

wirkung kommen. Die verderbliche Tarifpolitik des Verbandes lege dem Ausdruck der Meinungsfreiheit Fesseln an. Der „Korrespondent“ als Sekundant des DGB, werde zum Hinterschnecht der Koalitionsfreiheit.

Durch die Redakteure des „Korrespondent“ werden die erhobenen Angriffe sehr entschieden zurückgewiesen. Als Verbandsorgan sei es Pflicht des „Korrespondent“, die Redaktion im Sinne der Beschlüsse früherer Generalversammlungen zu führen, die die grundsätzliche Haltung des Verbandes bestimmen. Der Opposition sei weitgehender Spielraum gelassen, aber alles müsse schließlich seine Grenzen haben. Mitunter zu „bremsen“ sei bei dem Ueberfluß an Lokomotivführern in der Arbeiterbewegung recht notwendig.

Eine Resolution, die die bisherige Redaktionsführung tabelt und den „Korrespondent“ allen Richtungen ohne Einschränkung zur Verfügung stellen will, wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die V e r t r i n g s o r d n u n g konnte in der ursprünglich mit dem Prinzipalverband vereinbarten Form nicht zur Durchführung gebracht werden, weil die Handwerkskammern und Annungsmeister, die in den Lehrlingen nur billige Ausbeutungsobjekte erblickten, dem heftigen Widerstand entgegensetzten. Trotzdem umfaßt die Lehrlingsabteilung des Verbandes über 10 000 Mitglieder. Die Auflage des „Jungbuchdrucker“ beträgt 13 000. Der Beitrag zur Lehrlingsabteilung wird auf 1 M. wöchentlich festgesetzt.

Der Verbandsvorstand wird der Lehrlingsabteilung weitgehende Förderung angeheben lassen. Mit der Anstellung eines Jugendsekretärs ist der Verbandsvorstand grundsätzlich einverstanden, er hält die Zeit für eine solche Anstellung jetzt aber noch nicht für gekommen. Alle Anträge zur Frage der Lehrlingsabteilung wurden dem Verbandsvorstand überwiesen.

Dem Bildungsverband der deutschen Buchdrucker, dessen Tätigkeit auf dem Gebiete fachgewerblicher Ausbildung seiner Mitglieder allseitig Anerkennung gezollt wird, soll ebenfalls weitgehende Unterstützung auch fernerhin zuteil werden.

Ueber die internationalen Beziehungen des Verbandes und über den Internationalen Buchdruckerkongress konnte eine Aussprache der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht stattfinden.

Die Vorstandswahl brachte die glatte Wiederwahl der angestellten Vorstandsmitglieder. Auch die Sekretäre im Verbandsbureau und die Redakteure des „Korrespondent“ wurden gegen keine Widerheiten wiedergewählt.

Am Montag, den 10. Juli, in später Abendstunde, waren die der Generalversammlung zugewiesenen Arbeiten erledigt. Die Versammlung vertagte sich aber und trat am nächsten Abend noch einmal zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der inzwischen vom Tarifausschuß zu führenden Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen.

Das unseren Mitgliedern bekannte Lohnabkommen, das an der Spitze Wohnhöhungen vorstelt vom 10. Juli ab von 300,— M. und vom 1. August ab von weiteren 60,— M. wöchentlich, wurde von mehreren Rednern als unzulänglich bekämpft, wurde schließlich aber doch mit großer Mehrheit angenommen.

Mit den üblichen Dankes- und Abschiedsworten fand sojann am Dienstag, den 11. Juli, gegen Mitter-

stände schwerste Verletzungen und selbst Todesfälle vorkommen.“

„Stimmt schon! Aber in den großen Betrieben machen die Gefahren ungeheuer. Ich bin doch schon ein besajrier Mann, trete seit Jahrzehnten meine Drechslerbank mit meinen Füßen, und habe mir dabei noch nicht die kleinste Verletzung zugezogen. Mein Sohn dagegen wurde schon als junger Mann in einem großen Betriebe zum Krüppel, und hat sich deshalb das Leben genommen.“

„Das ist sehr traurig und sehr bedauerlich, und ich verstehe nun auch Ihren Widerwillen gegen die großen Betriebe. Entscheidend bleibt dabei aber, daß wir heute mit unserem gesamten Wirtschaftsleben schlechterdings nicht mehr ohne ein hochentwickeltes Maschinenwesen auskommen können. Deshalb muß unser ganzes Streben darauf gerichtet sein, die Gefahren desselben durch möglichst vollkommene Schutz- und Sicherheitsmaßregeln zu vermindern. Auf diesem Gebiete ist schon viel geschehen und kann noch unendlich mehr geschehen. Ganz ohne Unfälle wird es freilich voraussichtlich nie abgehen. Aber bei dem unermesslichen Nutzen, den die Maschinen schon heute der Menschheit bringen, müssen diese Opfer getragen werden. Ihrehalten gegen das Maschinenwesen wüten, werde genau so töricht, als wenn wir mit der allgütigen Natur hadern wollten, weil jährlich so und so viele Menschen durch den Blitz erschlagen werden, oder durch Stürme und schwere Unwetter umkommen.“

Vater Lindner riefte nicht recht, was er gegen diese verständigen Worte noch sagen sollte. Seine

Tochter hatte recht: der junge Mann war kein Dummkopf. Diese Pause im Gespräch benutzte Charlotte, um Jache mit tränenden Augen zu erzählen, daß sie von ihrem geliebten Eiland herunter mühten.

„Jawohl, das ist auch so eine Sache!“ sagte Vater Lindner, mit der Faust auf den Tisch schlagend. „Hier bei mir verlangt die Behörde Unernünftiges und ganz Unnötiges, und drüben am Meer läßt sie durch die Fabrik mein schönstes Angletvier versuchen. Wachte ich eine Beschwerde, was würde ich zur Antwort bekommen? Man würde mir höhnisch sagen: Ihr Recht zum Angeln ist in keiner Weise beeinträchtigt; Sie können nach wie vor angeln soviel Sie nur wollen. — Als ob Angeln einen Zweck hätte, wenn man keinen Schwanz fängt!“

Jache lächelte. „Es wird mir viel Vergnügen machen, wenn ich mich später mit Ihnen über diese Materie unterhalten kann. Möglicherweise wird sich dabei gar ergeben, daß Sie bisher selbst nicht genügend mitgewirkt haben, diese Ungerechtigkeiten in unserem Staatsleben zu beseitigen. Jetzt kommt es aber zunächst darauf an, Ihnen Ihr Eiland zu erhalten. Das wird sich, wie ich glaube, ermöglichen lassen.“

„Dafür würde ich Ihnen sehr dankbar sein!“ Aus tiefstem Herzen kamen diese Worte Vater Lindners.

„Ein kleines Opfer werden Sie freilich bringen müssen“, fuhr Jache fort. „Als ich das Eiland entdeckte, war es bereits in Ihren Besitz übergegangen;

andererseits würde ich es für unseren Werkbruderverein, der darauf ein kleines, schmuckes Bootshaus errichten wollte, erworben haben. Aber das kann auch jetzt noch geschehen. Sie brauchen uns nur vom anderen Ende der Insel ein kleines Stück fest abzutreten, oder in der üblichen Weise auf neunundneunzig Jahre fest zu verpachten. Wir hören es dann noch etwas auf und übernehmen die Befestigung der ganzen Insel. Damit werden Sie alle Sorgen los.“

„O das wäre herrlich!“ jubelte Charlotte. Auch Vater Lindners Augen strahlten. „Also einen Auberverein haben Sie auch auf dem Wert?“ fragte er.

„Jawohl!“ antwortete Jache. „Keine Sportfische, sondern Wanderruderer, alles begeisterter Verehrer der Natur, die am Sonntag durch den Aufenthalt auf dem Wasser und im Walde den Körper kräftigen und den Geist erquicken. Die Mitglieder bestehen zur großen Hälfte aus unseren tüchtigsten und ausgeklärtesten Arbeitern, zur kleinen Hälfte aus dem sozialistisch gesinnten Personal unserer kaufmännischen und technischen Bureaus. Der Geist im Verein, dessen Vorsitzender ich bin, ist der denkbar beste und kameradschaftlichste. Wir haben auch bereits soviel Vereinsvermögen, um diese Bauten ausführen zu können, und wenn noch etwas fehlen sollte, strecke ich es aus den Einnahmen, die ich aus meinen Patenten habe, einstreifen vor.“

„Finanzielle Schwierigkeiten würden sich also nicht ergeben,“ warf Vater Lindner ein.

(Schluß folgt.)

nacht, die Generalversammlung nach neuntägiger Dauer ihr Ende.

In der Zusammenfassung bot die 11. Generalversammlung des Buchdruckerverbandes ein Bild starker gewerkschaftlicher Geschlossenheit und den Drang nach zeitgemäßem Ausbau der Organisation, der insbesondere in dem Beschluß zum Graphischen Industrieverband zum Ausdruck kam.

Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im Mai

hat sich, wie der Bund Deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung auf Grund der bei ihm eingegangenen Meldungen der Konventionen und Fachvereine berichtet, nicht unwesentlich verschlechtert. Viele Betriebe haben zwar noch mit der Aufarbeitung alter Aufträge zu tun, aber die neuen Aufträge kommen sehr spärlich herein.

Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

An der Buntpapierindustrie hat die Beschäftigung wesentlich nachgelassen. Das Erreichen der Weltmarktpreise brachte ein starkes Zurückgehen der Auslandsaufträge mit sich. Die Rohstoffversorgung war gegenüber den Vormonaten eine entschieden bessere bis auf die Lieferung holzfreier Stoffe. Die Verkaufspreise mußten um 20 Proz. heraufgesetzt werden.

Für Chromopapier war die Nachfrage nicht mehr so lebhaft wie bisher. Troßdem sind noch hohe Umläge erzielt worden und die Fabriken sind mit der Ausführung alter Aufträge noch stark im Rückstand. Die Verkaufspreise mußten gesteigert werden, wobei jedoch nach Mitteilung der Konvention sehr zurückhaltend vorgegangen wurde.

Bei den Gummieranstalten ist die Beschäftigung uneinheitlich geworden, da ein Teil der Betriebe schon über ein Nachlassen der Aufträge berichtet. Die Rohstoffversorgung war mangelhaft. Die Rohstoffpreise gingen infolge von Zelluloseknappheit beträchtlich in die Höhe. Die Ausfuhr nach dem Westen läßt nach, während sie sich nach dem Osten hebt.

Der Verein für geklebten Photographiekarton berichtet, daß sich die Beschäftigung verschlechtert hat und wieder Käuferstreik zu drohen scheint. Die Rohstoffversorgung ist bei steigenden Rohstoffpreisen noch immer sehr schlecht. Die Verkaufspreise wurden erhöht. Die Ausfuhr ist infolge zu hoher Preise stark zurückgegangen.

Die Vereinigung der Hersteller photographischer Karten bringt zum Ausdruck, daß Neuaufträge fast nicht mehr eingehen und daß das deutsche Geschäft gleich Null ist. Die Rohstoffversorgung ist noch immer nicht befriedigend. Die Ausfuhrpreise wurden erhöht. Die Ausfuhr läßt nach, da die Auslandskonkurrenz billiger liefert.

Auch der Verein Deutscher Briefumschlagfabrikanten meldet einen Beschäftigungsrückgang infolge der Verkaufserhöhung von 20 bis 25 Proz. Eine Besserung der Versorgung mit Rohstoffen, besonders für bessere Papiere, ist zu konstatieren, allerdings auch eine Preiserhöhung von etwa 30 Proz. Die Auslandsaufträge gingen infolge der hohen Preise zurück.

In der Papierausstattungsindustrie kann ebenfalls infolge der hohen Preise eine Verminderung der Aufträge beobachtet werden. Die Papierversorgung hat sich etwas gebessert, jedoch wurden die Preise durch die Konventionen beträchtlich erhöht.

Der Verein Deutscher Papierfabrikanten E. N. kann noch immer eine gute Nachfrage nach Papierarten konstatieren, immerhin hat das Geschäft bei einigen Betrieben nachgelassen. Die Rohstoffversorgung läßt noch viel zu wünschen übrig. Die Papierpreise haben sich im Mai um 4 Mk. erhöht, bleiben aber für Juni auf der gleichen Höhe zuzüglich der am 1. Juni eintretenden Frachterhöhungen. Verkaufserhöhungen waren notwendig.

Der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten E. N. will mit, daß die Beschäftigung wesentlich nachgelassen hat. Besonders verschärft hat sich der Mangel an Pappen, so daß aus Verbänden treffen der Wunsch laut wird, die Einfuhr von sinnlichen und schwedischen Pappen zu erwirken. Bei den inländischen Pappen ist eine Erhöhung um 30 Proz. vorgekommen worden. Es läßt sich auch ein scharfer Rückgang der Auslandsaufträge feststellen.

Bei den Betrieben der Vereinigung Deutscher Fabrikanten von pharmazeutischen Kartonnagen und Papierwaren ist eine befriedigende Beschäftigung festzustellen. Eine Preiserhöhung von 25 bis 30 Proz. war nötig, desgleichen eine Lohnerhöhung von 20 Proz.

Wie der Verband Deutscher Wellpappefabrikanten mitteilt, hat die Beschäftigung wesentlich nachgelassen. Die Käufer üben Zurückhaltung aus, da sie allgemein an billigeren Preise für die Zukunft

glauben. Es ist wohl schon bald mit Betriebseinschränkungen zu rechnen, zumal auch die Ausfuhr gleich Null ist, da die Weltmarktpreise überschritten sind. Die Rohstoffversorgung war gut.

Bei den Fabriken, die Schreibhefte und Zeichenlernmittel herstellen, ist eine Beschäftigungsänderung im allgemeinen nicht wahrzunehmen; bei einigen Betrieben hat sie hingegen nachgelassen. Es wird geflagt über zögernde Rohstoffversorgung, da die Papierfabriken noch immer langfristige Termine fordern. Die Rohstoffpreise haben sich sprunghaft gehoben, infolgedessen mußten auch die Verkaufspreise erhöht werden.

Bei der Kalenderbioka-Konvention blieb die Beschäftigung unverändert. Es herrschte zögernde Rohstofflieferung vor bei sich sprunghaft hebenden Preisen; die Ausfuhr stotterte.

Der Verein Deutscher Spielkartenfabriken meldet eine gute Geschäftslage auf Grund älterer Aufträge, doch hat der Auftragsseingang im letzten Teil erheblich nachgelassen. Die Versorgung mit Rohstoffen war teilweise unzureichend. Die Ausfuhr hält sich vorläufig noch auf der alten Höhe, jedoch ist in Kürze mit einem Rückgang zu rechnen.

Zur Geschichte der Lederbereitung.

Die Geschichte der Lederbereitung reicht bis in die Vorgelt zurück. Tierfelle dienten mit zu den ersten Kleidern und Geräten; die Beobachtung, daß sie durch Fett weich und vor Fäulnis geschützt bleiben, führte zur ersten Gerberei. Ägypter und Juden kannten schon die gerbfäurehaltigen Gerbstoffe sowie die Alaunbenutzung. Im Orient gelangte die Gerberei zur größten Entfaltung, in Europa wurde sie erst nach dem Mittelalter ein selbständiges Gewerbe, das man aber nur nach eigener Erfahrung, ohne die Fortschritte der Naturwissenschaften zu berücksichtigen, betrieb, die man erst in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts sich wirklich nutzbar machte. In Deutschland bildet die Lederfabrikation nebst der Textil- und Stahlindustrie den wichtigsten Industriezweig. — Schwere Sohlleder werden meist nach dem alten Hooverfahren, besonders am Rhein, Mosel und Elbe, Hannover und anderen Orten hergestellt; lackiertes Leder und Riemenfabrikanten besonders München, Mainz, Worms und Offenbach, und zwar besonders für den Export, ebenso gefärbte Schaf- und Ziegenleder sowie Rindleder. Deutschland, das in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts für 141 Mill. Mk. Leder produzierte, hatte vor dem Weltkriege eine Gesamtproduktion von über 400 Mill. Mk., besonders durch die mit Quebracho arbeitenden Schnellgerbereien, namentlich in Holstein (Neumünster und Umgebung), wo etwa 70 Betriebe mit über 3000 Arbeiter beschäftigt und über 2 Millionen Häute im Werte von 40 Mill. Mk. jährlich verarbeitet. Nach statistischen Angaben vor dem Kriege. Ebenso ist in Großbritannien, Frankreich, Desterreich und Rußland die Lederfabrikation sehr entwickelt; auf dem Weltmarkt kam jedoch vor dem Kriege hauptsächlich Deutschland in Betracht. — Für die Buchbinder- und Lederwarenfabrikation kommen lediglich nur die feineren Leder in der Verarbeitung in Betracht. — Mit Weiden, auch mit Birken- oder Fichtenrinde bereitet man aus Rind-, Kalb-, Ziegen- oder Ziegenhäuten das Suchten (Suchten von russischen Juchit, ein Paar; die Felle werden beim Färben paarweise in einen Sack zusammengeknüpft); früher nur in Rußland, jetzt wird Suchten überall fabriziert. Nach sechs- bis achtstündiger Gerbung werden die Häute mit dem starkriechenden Suchtenöl eingerieben, dann gereckt, auf der Narbensseite mit Alaunlösung bestrichen und mit einer gekerbten Walze gekörnt. Die getrockneten Felle werden zu einem Sack zusammengeknüpft, in den eine rote Farbenbrühe von rotem Sandel- und Fernambukholz mit Soda gegossen wird. Das Suchtenleder dient zu Buchereinbänden, Portefeuilles und besonders in Rußland auch zu Stiefeln. — Aus Ziegenfellen bereitet man ursprünglich in Marokko den Maroquin (maroquin) oder echten Saffian (Saffian, nach der marokkanischen Stadt Saffi), aus gespaltenen Schaf- und Kalbfellen die unechten Saffiane, das türkische Leder. Zum Gerben dient Sumach; in 3 bis 6 Tagen ist die Wähe in Leder verandelt und heißt dann Meschinder, ein orientalisches Handelsmittel, der in Wien und Leipzig auf den Markt kommt, um gefärbt, mit Beinöl geteilt, auf Glanzmaschinen gegläntzt und appretiert zu werden. Das ursprünglich im spanischen Cordoba hergestellte Corduan ist ein starkes Saffianleder, das seine natürliche Farbe behalten hat. — Das dänische Leder, aus Ziegen- und Lämmerfellen, auch Renntierhäuten, mit Weidenrinde hergestellt, hat helle Farbe, ist sehr geschmeidig, dient zu Handschuhen. — Die Alaun- oder Weißgerberlei benutzt Alaun und Kochsalz, wodurch die Felle weich werden, außerdem liegen bei weiharem Leder die Fasern freier und lockerer wie beim sogaren und durch Auswaschen läßt sich der Gerbstoff entfernen. Die gewasene Weißgerberei verarbeitet Schaf-, Hammel- oder Ziegenfelle; sie werden in Kalzfäher

enthaart und vorbereitet, gewaschen und dann durch eine Brühe von etwa 3 Proz. Alaun und 1 Proz. Kochsalz gezogen, dann 2 bis 3 Tage aufgestapelt, gewaschen und getrocknet. Dieses Weißleder dient besonders als Schuhfutter. Die ungarische Weißgerberei verarbeitet starke Häute (von Ochsen, Kühen, Pferden) zu Sattler- und Riemenarbeit, Pferdegeschirre. Die Enthaarung erfolgt durch Fäulnislassen, dann kommen die Häute ohne Kaltbehandlung 8 Tage lang in eine lauwarme Lösung von 15 Proz. Alaun und 15 Proz. Kochsalz, dann werden sie getrocknet, ermärmt und mit 3 kg. Talg pro Haut eingerieben. Die französische oder Erlanger Weißgerberei verarbeitet Felle von jungen Ziegen, Kälbern, Lämmern, zu Handschuhleder und feinen Schuhwaren, mittels eines flüssigen Gerbweisses (Nahrung) aus Weizenmehl, Eidotter, Alaun, Kochsalz; anstatt Eidotter, das durch seinen Delgehalt wirkt, kann man Oliven- oder Mandelöl auch Tran nehmen. In der Brühe werden die Felle einige Zeit gewalkt, dann gereckt, gefehlt und geschmeidig geknetet. — Ein weihgares, mitunter auch lohbares Leder ist der Chagrin, meist wird er grün gefärbt (durch Kupferfärbung). Die Del- oder Sämschgerberei ist die älteste Art der Lederzubereitung; nach Deutschland kam sie hauptsächlich aus Samland (Ostpreußen). Die Felle von Hirschen, Rehen, Schafen, Kälbern, fetterer die Ochsenhäute werden in Delleder (ölgares oder sämschgares Leder) verwandelt, indem man sie mit Fett oder Tran, zuweilen mit 4 bis 7 Proz. Carbolsäurezusatz einsämiert und walkt, nachdem man sie durch Kalten enthaart und die Narbe abgeholt hat. Die genügend gefalteten Felle werden dicht übereinander geschichtet, bis sie sich erwärmt und durch Gährung gelb gefärbt haben (Färben in der Braut). Das nicht mit der Haut festverbundene Fett wird mit lauwarmem Pottaschensatz ausgewaschen. Aus dem Waschwasser scheidet sich beim ruhigen Stehen das Gerbefett (Dégras) ab. Delgares Leder, dessen Narbe nicht abgeholt wurde und dessen Fleischseite geschwärzt, heißt Rauch oder Rauchleder. Dasselbe verfließt im Wasser seine Gerbung nicht und heißt daher auch Wassleder; es dient zu Bekleidungsgegenständen, besonders Handschuhen, Lederhosen usw. Durch Auftragen von Kleister mit Ocker wird es gelb, mit Kreide weiß gefärbt; andere Farben werden nach Weizen mit Alaun aufgetragen. — Durch die technische Bearbeitung feinerer Lederarten kam auch die Lederwarenfabrikation in Flor. Diese wurde bis Ende des 18. Jahrhunderts handwerksmäßig betrieben, 1776 durch Mönch in Offenbach a. M. und dadurch in Deutschland, später in Wien und Paris eingeführt. Hauptorte der Industrie sind in Deutschland nächst Offenbach: Berlin, z. T. auch Leipzig, Hamburg, Dresden, Frankfurt a. M., Stuttgart. — Neben sehr feinen Lederwaren haben sich besonders Berlin und Offenbach auf die Fabrikation von Massenartikeln geworfen. Die Massenfabrikation hatte leider zur Folge, daß das Innenleder, Futter, das gewöhnlich Schafleder ist, längst durch Imitation (Papier statt Leder) bei der billigen Ware ersetzt, dem Käufer aber als Leder angeboten wird. Wien dagegen fabriziert fast ausschließlich nur feine Ware, auch Paris kann mit diesen billigen Waren nicht konkurrieren; die feineren Lederwaren fallen heute ausschließlich unter den Begriff besserer Portefeuillewaren. Ursprünglich hießen so die Erzeugnisse der Buchbinderlei; man rechnet zur Fabrikation von Portefeuillewaren die Herstellung von sogenannten weicher Arbeit (Briefstählen, Bistets, Wappen, Kuckertaschen, Portemonnaies ohne Bügel; Rahmenarbeit (Zigarrentaschen, Portemonnaies, bei denen der Bügel außen ist wie bei der Zigarrentasche), Portefeuilles (Geldtaschen), hierzu gehören auch „englisch-eingelegene Trejors“, sehr dünn und fein gearbeitete Täschchen, Damentaschen usw. — Unter „faschierte Arbeit“ versteht man Handschuh-, Schmutz-, Röhlfästen usw. — Eine Zwischenbranche zwischen Leder- und Buchbinderarbeit ist die sogen. Galanteriebranche, die sich mit der Anfertigung von Notes, Posten- und Photographie-Albums, Bilderrahmen, Wäsche- und Krawattenfästen und dergleichen beschäftigt.

Internationales.

Schweiz. In den Schweizer graphischen Verbänden, dem Typographenbund, Lithographenbund, Buchbinderverband und dem Verband der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter der Schweiz findet in der Woche vom 27. August bis 2. September eine Urabstimmung über die Annahme der aufgestellten Satzungen für den Graphischen Bund statt. Der Zweck des Graphischen Bundes soll bestehen im möglichst gleichartigen Ausbau der Verbände, in der gegenseitigen Hilfeleistung und in der Förderung und Wahrung der beruflichen und gewerkschaftlichen Interessen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch den restlosen Zusammenschluß aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren zuständigen Organisationen und durch die Einführung möglichst einheitlicher Landestartife.

UNSERE JUGEND

Unverständlich sind uns die Jungen,
Wird von den Alten beständig gefungen.
Meinerseits möcht' ich's damit halten:
„Unverständlich sind mir die Alten.“

Th. Fontane.

Lehrlingsstatistik im Buchbinder- gewerbe!

Die in letzter Zeit vom Verbandsvorstand herausgegebenen Fragebogen für Betriebe mit Lehrlingen sind bis zur Stunde nicht vollständig eingekammt worden. Die eingegangenen Fragebogen wurden auch nicht einmal mit der nötigen Sorgfalt ausgefüllt. Auch erfährt das Lehrlingswesen von den Behörden nicht die notwendige Beachtung, die es verdient, so daß es dringend geboten erscheint, daß alle Vertrauenspersonen, Kollegen und Lehrlinge, in deren Betriebe Fragebogen noch nicht ausgefüllt wurden, dieses sofort nachgeholt wird. Und doch gibt das bereits vorliegende Material einen anschaulichen Überblick über das Lehrlingswesen in unserem Beruf. Dabei ist hervorzuheben, daß von der Statistik zum großen Teil gerade die Betriebe nicht erfaßt werden, von denen anzunehmen ist, daß dort die Lehrlingsverhältnisse am ungünstigsten liegen, nämlich bei den Kleinmeistern, die ohne Gehilfen arbeiten und vielfach nur durch die Lehrlingszucht lebensfähig sind. Das Kost- und Legewesen, das früher in diesen Betrieben die Grundlage bildete für die oftmals krasseste Ausbeutung, ist durch die Entwicklung der Verhältnisse fast gänzlich aufgehoben worden.

Aus dem ganzen Reich sind nur etwa 30 Lehrlinge aus kleinen Orten gemeldet, die noch beim Meister wohnen. Die Statistik ergibt nun, daß in vielen, vornehmlich in Innungsbetrieben, die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird. Wenn z. B. schon die Lehrlinge beim Obermeister der Innung in Karlsruhe 9½ Stunden täglich arbeiten müssen, dann ergibt sich von selbst, daß sich die meisten anderen Innungsmeister den Teufel um die gesetzliche Arbeitszeit kümmern. Es ist hier einmal dringend notwendig, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf diese Zustände aufmerksam zu machen, um die Innungsmeister in die gesetzlichen Schranken zu weisen. Verwunderlich erscheint dabei, daß die Handwerkskammern, die doch als amtliches Organ in erster Führung mit den Innungen stehen, dieser Ungeheuerlichkeit nicht von selbst begegnen.

In manchen Betrieben muß auch der Schulbesuch während der Arbeitszeit zum Teil nachgearbeitet werden. Auch das ist unzulässig, vielmehr muß der Schulbesuch in die achtfünfstündige Arbeitszeit eingerechnet werden. Es empfiehlt sich, in allen Fällen, wo die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird, zunächst dem Gewerbeaufsichtsbeamten davon Mitteilung zu machen.

Die von den Handwerkskammern oder Innungen festgesetzten Kostgebühren entsprechen in keiner Weise den wertvollen Lebensverhältnissen und stehen in gar keinem Verhältnis mehr zu den Gehilfenlöhnen und denen der Jugendlichen Hilfsarbeiter. Diese viel zu geringen Entschädigungen führen dahin, daß in vielen Orten Lehrlinge überhaupt nicht mehr zu haben sind. Nach einem Bescheid des Reichsarbeitsministeriums vom 30. November 1920 sind Innungen und Handwerkskammern nicht befugt, in die rein privatrechtlichen Beziehungen zwischen Lehrmeistern und Lehrlingen einzugreifen und Vorschriften über die den Lehrlingen zu leistende Bezahlung, Vergütung oder Kostenschuldung zu treffen. Hiernach können diese Entschädigungen auch für handwerkliche Lehrlinge tarifvertraglich vereinbart werden.

Es muß nun Aufgabe unserer Organisation sein, bei jeder Lohnserhöhung der Gehilfen entsprechend höhere Sätze für die Lehrlinge zu vereinbaren. St.

Die Kulturlehre des Sozialismus.

Der Marxistische Gedanke, daß die Entstehung jeder Ideologie in den Zeitumständen begründet, ja, daß sie auf bestimmte Produktionsverhältnisse zurückzuführen sei, bewahrheitet sich in stärkstem Maße in der Auffassung des Staates.

Die Marxistische negative Einstellung zum Staat ist zwar eine durchaus begriffliche Tatsache, aber keine für alle Zeiten bestehende. Sie ist in dem manchesterlichen Einfluß der Zeit begründet, dem sich

auch ein Marx nicht entziehen konnte. Ja, gerade Marx, der selber von revolutionärem Geiste durchglüht war, mußte stark für die manchesterliche Einstellung zum Staat empfinden, da sie damals gegenüber der Auffassung vom Staat, wie sie durch die Verkörperung des Königs in Preußen herrschte, revolutionär war.

Nachdem in Weimar das deutsche Volk sich selber seine Verfassung gegeben hat, nachdem Deutschland eine Republik geworden ist, konnte die Einstellung der Sozialdemokratie zum neuen Staat nicht mehr die gleiche wie die zum alten Obrigkeitsstaat sein. Der deutsche Staat in der republikanischen Form ist zwar kein sozialistisches Gebilde; er ist aber allein diejenige Staatsverfassung, die der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, den schmalen Pfad zu betreten, der zum Sozialismus führt. Denn der sozialistische Staat ist der demokratisch-republikanische, bei sozialistischer Kultur und Wirtschaft; er ist die Form, in der sich die Gemeinschaft als kulturelle und wirtschaftliche Einheit ihre Gesetze gibt, wie auch über ihre Ausführung wacht.

Es ist deshalb das Buch des Verfassers Radbruch „Kulturlehre des Sozialismus“ (Verlag J. S. B. Metz und Vorwärtsbuchhandlung; kart. 15 Mk.) eine dankenswerte Arbeit. Denn hier wird das klar ausgesprochen, was gefühlsmäßig alle empfinden. Es wird der Unterschied aufgezeigt, der zwischen dem Staatsbegriff der Reaktion, der Liberalen und der Sozialisten besteht. Dort ist der Staat nichts als Macht; die Staaten nicht qualitativ nach ihrer Kultur, sondern nur quantitativ nach der Stärke ihrer Heere verschieden; eine Kultur im eigentlichen Sinne unmöglich. Dann das Mandarinerium mit seiner Vertragstheorie, welcher der Staat nur der lose Zusammenhang einzelner ist. Schließlich die sozialistische Idee des Staates. Hier wird der Staat das Gefäß, das sich die Gemeinschaft als Kultureinheit selber formt; das Leben des einzelnen wird ein Arbeiten für alle, ein Schaffen für sich selbst im Wirken für die Gemeinschaft.

Wir wissen, daß dies eine Idee ist, aber eine in echt platonisch-antistischem Sinne. Das bedeutet: Der Staat in dieser sozialistischen Form ist die von der Menschheit sich selbst gestellte Aufgabe, nach der es gilt, zielklar zu streben.

Lassalle und Fichte seien uns Führer zur deutschen sozialistischen Einheit!

Entlohnung der Lehrlinge.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte unter dem 10. April dieses Jahres an das Preussische Handelsministerium das Ersuchen gerichtet, bei Genehmigungen der von den Handelskammern erfolgenden Regelungen des Lehrlingswesens besondere Aufmerksamkeit der Höhe der Kostgebühren zu widmen. Darauf ist unter dem 27. April folgende Antwort eingegangen:

Berlin B. 9, den 27. April 1922.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

J.-Nr. IV 4287

Ich bin mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund der Auffassung, daß die Gewährung angemessener Kostgelder und Entlohnungen an Handwerkslehrlinge dringend notwendig ist, und zwar sowohl im Interesse der Jugendlichen selber als des Handwerks, dem andernfalls ein tüchtiger Nachwuchs nicht wird zugeführt werden können. Ich bin deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit, insbesondere gegenüber den Mitgliedern der Abteilung B des Landesgewerbeamtes, die in der Mehrzahl handwerkliche Meister sind, mit Nachdruck für eine zeitgemäße Erhöhung der den Lehrlingen zu gewährenden Bezüge eingetreten und habe dabei volles Verständnis für meine Anregungen gefunden; auch künftig werden von mir die Handwerkskammern und die sonstigen Körperschaften des Handwerks immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen werden. Ich bemerke jedoch, daß im Gegensatz zu der dort vertretenen Auffassung die Handwerkskammern und Innungen nicht berechtigt sind, die den Lehrlingen zu zahlenden Kostgelder der sonstigen Vergütungen mit bindender Kraft für die Beteiligten festzusetzen; die diesen Körperschaften aus der Gewerbeordnung zustehenden Befugnisse erstrecken sich lediglich auf den öffentlich-rechtlichen Teil des Lehrvertrages, nicht aber auf die Regelung der bürgerlich-rechtlichen Beziehungen der Vertragsparteien. Handwerkskammern und Innungen sind zwar befugt, Grundsätze und Richtlinien auch über die den Lehrlingen zu gewährenden Vergütungen aufzustellen, sie

haben das auch durchweg getan. Solche Feststellungen erlangen jedoch der verbindlichen Kraft.

Ich glaube daher, daß eine endgültige Lösung der dort berührten Frage erst möglich sein wird, wenn ein neues Lehrlingsgesetz zustande gekommen sein wird. Dem Vernehmen nach beschäftigen sich jedoch die beteiligten Reichsministerien mit einem Referentenentwurf, der das gesamte Gebiet der beruflichen Ausbildung Jugendlicher behandeln soll. Ich werde alles tun, um eine alsbaldige reichsgesetzliche Regelung zu fördern.

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt dazu:

„Bemerken wollen wir hierzu nur, daß auch wir nicht der Ansicht waren, daß die Handwerkskammern die Lohnsätze mit bindender Wirkung festsetzen. Wir wissen aber, daß solche Festsetzungen meistens zu Normallöhnen werden, die, abgesehen von wenigen Ausnahmen, auch in Anwendung kommen. Deshalb hat die Beeinflussung der von den Handwerkskammern ausgehenden Lohnrichtlinien durch das von seinem Genehmigungsrecht Gebrauch machende Handelsministerium erheblichen praktischen Wert.“

Uebrigens wirkt sich hierbei die Frage auf, ob der ablehnende Standpunkt der Schlichtungsausschüsse gegenüber den gewerkschaftlichen Versuchen, auch für Handwerkslehrlinge verbindliche Lohnfestsetzungen zu erzielen, nach diesen Darlegungen des Preussischen Handelsministeriums noch aufrechterhalten werden kann. Können die Handwerkskammern gewissermaßen nur Löhne empfehlen, so kann keine Rede davon sein, daß durch entsprechende Schiedsprüche von Schlichtungsinstanzen die gesetzlichen Rechte der Handwerksorganisationen beeinträchtigt werden. Wenn ein Recht nicht existiert, kann es auch nicht verlegt werden.

Prinzipielles zur Lehrlingsentschädigung.

Eine prinzipielle Entscheidung, betreffend die Entlohnung der Lehrlinge, wurde durch den Schlichtungsausschuss in Oldenburg gefällt. Im Bezirk Einswarden-Nordenham stellte die Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes an den Arbeitgeberverein des Metallgewerbes eine Forderung auf Erhöhung der Lehrlingslöhne. Dieser lehnte die Forderung kurzerhand mit der Begründung ab, daß die Organisation für die Lehrlinge nicht zuständig sei, sondern daß hier einzig und allein der beim Antritt des Lehrverhältnisses abgeschlossene Privatvertrag gültig sei. Der Metallarbeiterverband rief den Schlichtungsausschuss an und dieser entschied im Sinne der Forderung. Da die Unternehmer auch den Schiedspruch nicht anerkennen mochten, wurde der Demobilisierungskommissar angerufen, der den Schiedspruch als zu Recht ergangen bezeichnete. Er erklärte weiter in einer sehr ausführlichen Begründung, daß nach Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums auch Lehrlinge unter Tarifabmachungen fallen können, und daß die anfängliche zwischen dem Meister und den Lehrlingen bzw. deren Eltern vereinbarte Entlohnung den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, durch den Schlichtungsausschuss abgeändert werden könne.

Aus dieser Entscheidung ergibt sich, daß es durchaus im Rahmen des Erreichbaren liegt, wenn jeweils bei der Neuregelung der Gehilfenlöhne auch eine solche für die Lehrlinge angestrebt wird.

Unser Lied!

Ein neues Liederbuch für die proletarische Jugend. Herausgegeben im Auftrage der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Jugendorganisationen. Verlag Sozialistische Proletarier-Jugend, Leipzig-Bismarck, Albertinenstr. 27.

Das Buch ist 80 Seiten stark. Die Lieder sind sämtlich mit Noten versehen. Die ganze Zusammenstellung des Buches ist eine sehr glückliche und verdient die weiteste Verbreitung. Möge es dazu beitragen, die blühenden Gassenbänder von unserer Jugend fernzuhalten. Der Vorzugspreis für die Organisation beträgt 7 Mk.

Bestellungen sind zu richten an die Graphische Jugend, Berlin, Engelauer 24 II, Zimmer 39, oder direkt beim Verlag. St.

Berichte.

Bielefeld. In einer Versammlung der Buchbinderbranche wurde Stellung genommen zu den geschätzten reichstabilen Verhandlungen, wozu die Kollegen Hergt und Hof einleitend referierten. Die Diskussion ergab Einstimmigkeit darüber, sofort mit entsprechenden Lohnforderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Ebenso einmütig wurden die gestellten Forderungen gutgeheißen, und ist die Buchbinderarbeiterschaft gewillt, die gestellten Forderungen mit allem Nachdruck durchzusetzen. Denn der heutige Lohn entspricht lange nicht der jetzigen Leistung. Darüber werden sich ja wohl auch die Arbeitgeber klar sein. Das wir in Bielefeld mit unseren Löhnen an letzter Stelle stehen und trotzdem immer noch nachhinken, ist eine alte Tatsache. Die Unternehmer werden ja nun beweisen müssen, ob sie zu ihren Worten stehen, daß sie gern mehr zahlen würden, wenn die Tarifinstanzen nicht bloß so geringe Löhne abgeschlossen hätten. Einstimmig nahm die Versammlung einen Antrag der Ortsverwaltung an, den Manteltarif mit einigen Verbesserungen, denen sich die Arbeitgeber ja wohl nicht verschließen werden, bestehen zu lassen. Der Vorsitzende schloß die von gutem Geist besetzte Versammlung mit dem Wunsche, für alles gerüstet zu sein und allen Ruf der Organisation Folge zu leisten.

Dresden. Zu einer Massentumgebung gestattete sich die Versammlung am 18. Juli des in Buchbinderereien, Buchdruckerien und in den Briefumschlagfabriken beschäftigten Buchbinderpersonals. Kollege Scheibe berichtete über den Stand der Tarifverhandlungen. In Dresden wurden Forderungen bereits am 4. Juli eingereicht, die aber inzwischen schon wieder überholt sind. Vor dem Schlichtungsausschuß am 12. Juli wurde der Arbeiterschaft eine vorläufige 20proz. Erhöhung der Löhne bis zu einer Erneuerung des Reichstarifs zugestanden. Unsere Kollegenschaft würde sich zunächst damit abgefunden haben, jedoch die Arbeitgeber lehnten die Anerkennung dieses Entschlusses ab und verwiesen auf eine nach ihrer Meinung in Aussicht stehende Neuanbahnung von Reichstarifverhandlungen. Damit kann sich die Dresdner Kollegenschaft nicht zufrieden geben. Dies wurde in der Debatte immer wieder betont. Die Spitzenlöhne unserer verheirateten Kollegen stehen schon zurück hinter den Löhnen der Arbeiterinnen in anderen Berufen. Wir können nicht bis zum 31. Juli unter diesem Hungertarif arbeiten. Wenn wir uns nicht schon fassen können bei voller Arbeit, so werden wir auch geschlossen die Opfer eines Streites auf uns nehmen. Die Ansprüche einzelner Unternehmer, die unsere Kollegenschaft vor einer Arbeitseinstellung grazil machen wollen, verstoßen dem verdienten Gelächter. Hat die gesamte Arbeiterschaft während des Krieges unerhörte Opfer bringen müssen, so wird sie auch diese Opfer zu ertragen wissen. Nicht Frivolität, sondern die Not ist es, die uns zwingt, den Kampf aufzunehmen. Unter stürmischem Beifall wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche die Branchenkommissionen als Streitleitung einsetzt und dieselbe ermächtigt, zu gegebener Stunde die Streikparole auszugeben. Nachdem noch ein Antrag angenommen worden war, die vom Schlichtungsausschuß zugestandenen 20 Proz. morgen in allen Betrieben als Abschlagszahlung zu fordern und Ueberstunden bis zur Regelung des Lohnverhältnisses zu verweigern, ging die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Organisation auseinander.

Dresden. Am Montag, den 24. Juli versammelten sich im großen Volkshaussaale die Streitenden aus den Wpbetrieben. Die in Massen erschienenen waren vom besten Geiste besetzt. Nachdem L a n g e in ausführlicher Rede die Arbeiten des Tarifausschusses und die Erfolge der letzten, äußerst langwierigen, schweren Verhandlungen zu Gehör gebracht hatte, entspann sich hieran eine kurze Debatte. Die Streitenden, fast tausend an der Zahl, beschloßen hierauf einstimmig, die Arbeit vom 25. Juli an wieder aufzunehmen. Hierauf wies S c h e i b e auf den moralischen Erfolg des solidarischen Vorgehens hin und schloß die Versammlung mit der Aufforderung, wenn wieder der Ruf ertönen sollte, genau so einig und geschlossen zu handeln.

Großenhain i. Sa. In einer gutbesetzten Versammlung wurde zu dem Streik im Buchbinder-gewerbe Stellung genommen. Nach einem ausführlichen Bericht des Vorsitzenden Kollegen Bauer über die Ursachen und Auswirkungen des Streiks, entspann sich eine lebhaft Debatte. Vor allem mißbilligte man, daß verschiedene Zahlstellen in Angelegenheit der Umstände die Verbandsgelder zurückhalten. Auf Grund dieser Verhältnisse wurde nachstehende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Die am 14. Juli 1922 stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung richtet folgende Entschlieung an den Verbandsvorstand:

Die Versammlung verurteilt es scharf, daß mehrere Zahlstellen die Verbandsgelder unnötigerweise zurückhalten, anstatt sie trotz öfterer Aufforderung des Verbandsvorstandes einzufenden.

Der Verbandsvorstand wird deshalb beauftragt, mit den schärfsten Mitteln (Sperrung der Unterstufungen), Maßnahmen nach Seite 95 des Handbuchs) die säumigen Zahlstellen aufzufordern, die ausstehenden Gelder sofort an den Verbandsvorstand einzufenden. Diese Zahlstellen sind in der „Buchbinder-Zeitung“ besonders zu veröffentlichen und bekanntzugeben, wieviel Gelder im einzelnen des Verbandsvorstandes ausßen standen, sowie wann und wieviel davon eingezahlt worden sind.“

Nach Mitteilung des Kartellberichts wurde nach Erledigung einzelner Anfragen die Versammlung geschlossen.

Leer in Ostfriesland. In der Lüten- und Beutel-industrie unseres Ortes sind die Spitzenlöhne ab 6. Juli 20 Mt. pro Stunde für männliche Arbeiter und 12,50 Mt. für Arbeiterinnen. Maschinen-arbeiterinnen und Packerinnen erhalten einen Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde.

Pforzheim. Am 17. Juli fand hier eine gutbesetzte Versammlung der Eisarbeiter und -arbeiterinnen statt, in welcher Kollege Mann über den Verlauf und das Ergebnis der Lohnverhandlungen in Weimar berichtete. In der Diskussion, die eine sehr erregte war, wurde das Verhalten der Prinzipale auf das schärfste verurteilt. Die geringen Zulagen stießen auch in keinem Verhältnis zur Leistung. Es wurde verlangt, daß der Verbandsvorstand sofort zentrale Verhandlungen anbahnen müsse, um zu besseren Lohnverhältnissen zu kommen. Der Lohnunterschied zwischen Eisarbeitern und denen der Hauptindustrie sei viel zu groß. Im Verlauf der Diskussion kam u. a. zum Ausdruck, daß die schlechten Lohnverhältnisse wiederum ein Beweis dafür sind, wie schädlich die Arbeitsgemeinschaftspolitik ist. Die Versammlung forderte daher in einer einstimmig angenommenen Resolution, daß 1. sofort neue Lohnverhandlungen aufzunehmen sind; 2. der Buchbinder-verband sofort aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten hat. Ferner wurde die Ortsverwaltung beauftragt, zur Besserung der Lebensverhältnisse drückliche Verhandlungen einzuleiten. Nachdem Kollege Mann noch auf die zu bezahlenden Extrabeiträge hingewiesen und die Mitglieder zur Einigkeit ermahnt hatte, wurde die sehr gut besetzte Versammlung geschlossen.

Plauen. Nachdem hier die Wahl einer Jugend-kommission, bestehend aus den Kollegen Mittelstädt, Biebig und der Kollegin Lehmann vollzogen, rief diese für Sonnabend, den 8. Juli, eine Versammlung aller jugendlichen Kollegen und Kolleginnen sowie der Lehrlinge ein. Letztere waren dabei am stärksten vertreten. Die Versammlung erhielt infolgedessen eine besondere Bedeutung, weil an diesem Tage die Kollegen und Kolleginnen der zwei größten Betriebe am Ort, das erstmalig soweit man zurückblicken kann, geschlossen in den Streik getreten sind. In eingehendster und leicht verständlicher Weise legte Kollege Biebig den Erschienenen dar, daß sich auch die jugendlichen, genau wie die Erwachsenen, zusammenschließen müssen, um besser ihre Interessen vertreten zu können. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß durch gemeinsame Zusammenkünfte, durch Wanderungen usw. zunächst einmal das gegenseitige Vertrauen gestärkt und dann auch der Weg gefunden wird, das Verständnis zu wecken für all die wirtschaftlichen Fragen, die heute die Arbeiterschaft im allgemeinen besonders bewegen. Den Ausführungen sowie dem Vorschlag, auch in Plauen eine feste Jugendabteilung zu gründen, wurde begeistert zugestimmt. Die nächste Zusammenkunft findet wieder am Sonnabend, den 29. Juli, im Restaurant „Bürgergarten“ statt, in der Kollege Biebig über Reiseleiterdienste in Schweden und Norwegen sprechen wird. Am Sonntag darauf soll dann eine Tageswanderung ins Göltzetal veranstaltet werden. Nachdem die Kommission durch vier jugendliche noch ergänzt wurde, ging man mit dem festen Willen auseinander, recht eifrig für die neugegründete Abteilung zu werben.

Zittau, Sa. Ohrfeigen statt Tariflohn verabreicht der Sohn des hiesigen Buchbinder-eißenbers und Innungsmeister, Herr Curt Schiewick, seinen Gehilfen. Der geschlagene Kollege war im Sinne unserer Organisation dort tätig, infolgedessen diesem Herrn ein Dorn im Auge. Ein kleiner Fehler, der dem Kollegen unterlaufen ist, wurde deshalb von dem sauberen Herrn mit Ohrfeigen geahndet. Wir können die Kolleginnen und Kollegen nur immer wieder vor Arbeitsannahme bei dieser feinen Firma warnen, um sie vor Schaden und Mißhandlungen zu bewahren.

Abrechnung

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 24. Juli bei der Verbandskasse ein von:

- Frankfurt a. d. O. 21 252.— Mt., Spremberg 3500.— Mt., Kiel 4000.— Mt., Lübeck 11 433,55 Mt., Wismar 2819.— Mt., Bernburg 3000.— Mt., Gesselfirchen 1200.— Mt., Jüba 1885,25 Mt., Wiesbaden 9333,20 Mt., Arnstadt 4490.— Mt., Rangenfalza 3000.— Mt., Rudolstadt 700.— Mt., Schleiz 2000.— Mt., Weimar 2380.— Mt., Annaberg-Buchholz 116 688.— Mt., Brandis 4000.— Mt., Crimmitschau 16 400.— Mt., Ebersbach-Neugersdorf 4000.— Mt., Grimma 26 921.— Mt., Leipzig 665 111,70 Mt., Rerchau 7000.— Mt., Werdau i. S. 790,70 Mt., Schweinfurt 3000.— Mt. Fr. Lender.

ANZEIGEN

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 4. August, nachmittags 5 Uhr, bei Baum, Staßfurterstraße 47.

Generalversammlung der Laubstummelaktion.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht 2. Neuwahlen. Vollzähliges Erscheinen aller Laubstummeln ist unbedingt notwendig. Mich a l l i s, Obmann.



Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich, Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten Mechler & Co., G. m. b. H. Abt. Chem. Fabrik Mannheim — Industriehafen. Bei Anfragen Verwendungszweck angeben.

Cartonnagenzuschneider

für sofort oder später in dauernde Stellung gesucht. Bei zufriedenstellenden Leistungen Aussicht auf Weiter-bezug, Werkmesser-Posten. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter S. P. 22 an die Ex-pedition dieser Zeitung.

LEIM

Leder-, Knochen-, Mischleim Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein MarcusLissauer, Hamburg 1 Abt. Leimindustrie — Münckebergstr. 5.

Züchtige, sauber arbeitende Buchbinder bei 10 Proz. Entlohnung über Reichsakkordtarif finden dauernde Beschäftigung. Nach dreimonatl. Beschäftigung wird Restloß nach hier vergütet.

Zahlgew. Goldschmittmacher sowie Holzgerin für Drehwerke Holzmaschine gesucht Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch, A.-G., Konitz.

Weste. Wetz Kirchheimbolanden

Etuischreiner oder Etuismacher, ber. Vorkasse einschneiden kann. gesucht Th. Claus Adls. Holzmarkt 71

Etuismacher stellt sofort ein für lau-fende Beschäftigung Helmut Otto Müller Etuisfabrik Magdeburg-Cracan.

Pappschere mit Feinstsch. Beschneidemaschine 60 cm. sofort zu verkaufen. Bachmann Tegel, Brunnowstr. 48